

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1908**

74 (27.3.1908)

# Volkstfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

**Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage.**  
Abonnementspreis: Ins Haus durch Träger zugestellt, monatlich 75 Pfg., vierteljährlich 2.25. In der Expedition und in den Ablagen abgeholt, monatlich 65 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt Mk. 2.10, durch den Briefträger ins Haus gebracht Mk. 2.52 vierteljährlich.

**Redaktion und Expedition:**  
Luisenstraße 24.  
Telefon: 128. — Postzeitungsliste: 8144.  
Sprechstunde der Redaktion: 12—1/2 Uhr.  
Redaktionschluss: 1/10 Uhr vormittags.

**Inserate:** Die einspaltige, kleine Zeile oder deren Raum 20 Pfg., Sozial-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. Schluss der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vorm. 1/2 9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachm., aufgegeben sein. Geschäftsstunden der Expedition: Vormittags 7 bis abends 1/2 7 Uhr.

Druck und Verlag  
Buchdruckerei Ged & Co., Karlsruhe.

Verantwortlich für den politischen Teil, für Residenz, Letzte Post, Feuilleton und Unterh.-Beilage: A. Weismann; für den übrigen Inhalt: Hermann Kadel.

Für den Inseratenteil verantwortlich:  
Karl Ziegler in Karlsruhe.

### Sachsen.

Sachsen, der Name eines deutschen Bundesstaates, ist neuerdings auch der Inbegriff eines wirtschaftlichen und politischen Zustandes geworden. Eine industriell hoch entwickelte Gegend, besonders wenn sie stark mit Textilindustrie durchsetzt war, nannte man früher ein „Manchester“, man sprach von einem badiſchen, preußischen, sächſischen Manchester, weil einstmalig Manchester die bedeutendste Fabrikstadt war. Sachsen ist heute ein einziges „Manchester“, ein einziger großer Industrieort, in dem es fast kein „Land“ mehr gibt. Fabriken und Arbeiter — alles andere ist nur von untergeordneter Bedeutung. Und nach dieser Richtung hin verschoben sich die Verhältnisse von Jahr zu Jahr immer mehr und mehr. Die Industriearbeiter überwiegen daher an Zahl die übrige Bevölkerung und da die Arbeiter nun einmal zum größten Teile Sozialdemokraten sind, so ist es ganz selbstverständlich, daß auf dem Boden des gleichen Rechtes der Sozialdemokratie die politische Macht wenigstens in der Weise zufallen müsse, als sie im Landtage und in den Gemeinden die Majorität bekäme. Der Ausfall der Reichstagswahl 1903, wo die Sozialdemokratie sämtliche Reichstagsmandate, bis auf eins, eroberte, bestätigte diese Tatsache und daran ändert auch nichts der Verlust vieler Mandate bei der letzten Wahl. Denn tatsächlich ist die Sozialdemokratie in Sachsen nie stärker gewachsen als in den letzten 5 Jahren, seit 1903, nur mit dem Unterschied, daß ihr Zuwachs nur aus Lohnproletariern besteht, während gleichzeitig viele Kleinbürgerliche Elemente von ihr abrückten, die in Lohnhöhungen und Konsumvereinen keine Verbesserung ihrer Lage erblickten, sich davon vielmehr geschädigt glaubten.

Die Ratlosigkeit gegen die ganz natürliche Entwicklung dieses politischen Zustandes, der politische Unverständnis, der die Regierung und die bürgerlichen Parteien in Sachsen seit langer Zeit auszeichnet, haben zuerst zu der Nadelstichpolitik gegen die Sozialdemokratie geführt und der ganzen politischen Welt ständig Stoff zum Nachdenken geliefert, der unter der Rubrik „Sächsisches“ über ein Jahrzehnt lang fast täglich von der Blamage der sächsischen Regierung in ihrem Kleinlichen, naiven „Kampfe“ gegen die Sozialdemokratie Kunde gab. Dem Fiasko der Nadelstiche folgte eine brutale Verfolgung, die in erschreckenden Gerichtsurteilen zum Ausdruck kam und höchste Verwerfung machte sich in der Wahlentziehung im Jahre 1896 geltend. Aber wie alle reaktionären Maßregeln, so hat sich auch diese an ihren Urhebern bitter gerächt und Sachsen bietet zurzeit ein Schauspiel des politischen Sammers dar, der zum Erbarmen wäre, wenn Wahlrechtsräuber Erbarmen verbiethen.

Die sächsischen Blümenpolitiker hatten geglaubt, sich mit der Sozialdemokratie abgefunden zu haben, wenn sie die Sozialdemokraten vom politischen Rechte ausschließen. Mit dem Dreiklassenwahlrecht hat man mit einem Schlage 80 Prozent aller Wähler vom Einfluß auf die Gesetzgebung ausgeschlossen, weil sie gegenüber den 20 Prozent der in der ersten und zweiten Wählerklasse befindlichen Wähler immer nur eine Minderheit von Wahlmännern bekommen können und daher keinen Abgeordneten durchbringen. Aber zu diesen 80 Prozent der Rechtlosen gehören auch viele nicht-sozialdemokratische Wähler, Lehrer und Beamte, Kleinbürger und einige Arbeiter, und die Folge dieses Wahlgesetzes war, daß die Agrarier in dem Industrielande Sachsen, obwohl eine kleine Minderheit, zur Herrschaft gelangten und auch im Bürgertum eine immer größer werdende Unzufriedenheit und Erbitterung gegenüber der Regierung und der Gesetzgebung Platz griff, die sich auch in Kundgebungen gegen die Dynastie äußerte — besonders bei der Kronprinzessinaffäre — während die Regierung selbst die Gefangene einer kleinen aber nun mächtigen agrarischen Clique wurde, die als „Nebenregierung“ eine unheilvolle Rolle spielte. Dynastie und Regierung, die Industriellen und die Beamten, die Intellektuellen und alles, was nicht zu den Agrariern gehörte, empfanden den unheiligen Zustand, während die sozialdemokratischen Arbeiter natürlich in stürmischen Kundgebungen ihr verlorenes Recht zurückverlangten. Der Vater der Wahlentziehung, der Minister von Meiß, machte dann auch den Versuch, das bestehende Klassenwahlrecht wieder zu beseitigen, aber die agrarische Kammer lächelte ihn nur aus. Und als dann

der Sturm im Lande immer mehr anwuchs und eines Nachts die Wahlrechtsdemonstranten vor seine Villa zogen, da verließ Herr von Meiß fluchtartig seinen Posten — er bestellte sogar ein Diner ab und getraute sich nicht mehr, in seiner Villa zu schlafen — und überließ es seinem Nachfolger, den Karren aus dem Sumpfe zu ziehen.

Seit 2 Jahren zerbrechen sich nun die sächſische Regierung, mit Herrn von Hohenthal an der Spitze, der extra zu dem Zwecke ins Ministerium berufen wurde, eine Wahlreform durchzuführen, und die bürgerlichen Politiker die Köpfe, wie sie ein Wahlrecht schaffen könnten, das die große Mehrheit des Volkes und besonders alle bürgerlichen Elemente zufriedenstellt, ohne der Sozialdemokratie einen allzugroßen Einfluß auf die Gesetzgebung zu ermöglichen. Und es ist geradezu belustigend, zuzusehen, auf welche tolleren Einfälle diese Herren kommen, ohne aber ein Resultat zu erzielen. Es läßt sich kein Wahlsystem mehr ausdenken, das nicht vorgeschlagen und erlogen wurde und nicht ein einziges erweist sich als brauchbar. Es läßt sich eben keine Bestimmung schaffen, die einfach befaßt, Sozialdemokraten sind minderen Rechtes und so wird jedes Wahlsystem, das die sozialdemokratischen Wähler benachteiligt, auch viele bürgerliche Wähler benachteiligen und unzufrieden machen und eine Wahlreform, die nicht mindestens die bürgerlichen Wähler annähernd alle zufrieden stellt, hat ja keinen Zweck für die Regierung. Deshalb wollte sie ein maßiges Pluralwahlsystem mit dem Proporz einführen und die Kontingentierung der Sozialdemokratie durch Kommunalvertreter herbeiführen. Alle Parteien, auch die kleinsten, hätten dadurch eine Vertretung erlangt. Dieses Wahlsystem ist aber ein so tolles und kunterbuntes Monstrum, daß es schon nach der ersten Probe zusammengebrochen wäre. Es wird von allen Parteien abgelehnt, nur die evangelischen Arbeitervereine haben sich dafür erklärt. Ein Pluralwahlrecht, das vor einer „Ueberflutung der Kammer durch Sozialdemokraten“ schützt, also mit mehreren Zusatzstimmen, lehnt die Regierung ab, weil es mindestens ebenso plutokratisch ist, als das bestehende Klassenwahlrecht und an dem jetzigen, unhaltbaren Zustand damit also nichts geändert wird. Das gleiche gilt aber auch von allen anderen Wahlsystemen, die man in der Wahlrechtsdeputation des sächſischen Landtages unter die Lupe nahm. Wenn man jetzt die Protokolle über die Verhandlungen der Wahlrechtsdeputation liest, begreift man, warum sich diese scheute, öffentlich zu verhandeln. Es ist zwerchfellerschütternd zu lesen, wie sich da die Herren amüßten, herauszufinden, wer z. B. bei einem Pluralwahlrecht eine Zusatzstimme bekommen müsse und wie sie dann schließlich in einen Wirrwarr hineingerieten, aus dem es keinen Ausweg gibt. So steht heute zweifellos fest, daß die Aufgabe, die sich Regierung und die bürgerlichen Parteien gestellt haben, ein Wahlgesetz zu schaffen, das die bürgerlichen Elemente befriedigt und eine Kontingentierung der sozialdemokratischen Vertreter garantiert, nicht gelöst werden kann. Jedes Wahlgesetz, das dieses Ziel erreichen will, wird immer wieder eine bestimmte Klasse einseitig bevorzugen, entweder die Agrarier oder die Großindustriellen, jedenfalls aber die Besitzenden und damit erreichen, daß alle Nichtbesitzenden, also auch die Beamten und Lehrer, viele Intellektuellen und Kleinbürger mit der Sozialdemokratie in einen Topf geworfen werden und deshalb auch schließlich mit der Sozialdemokratie gehen! Ein solcher Zustand ist natürlich für die Regierung eines Landes, wie Sachsen, wo die Hälfte der ganzen Bevölkerung feste Anhänger der Sozialdemokratie sind, unhaltbar. Heute schon hat die sächſische Regierung nicht eine einzige Partei hinter sich. Die Agrarier sind gegen sie, weil sie nicht die rein agrarische Politik mitmacht, die sie gar nicht mitmachen kann. Die Nationalliberalen sind gegen die Regierung, die sich in der Abhängigkeit der Agrarier befindet und den Anforderungen der Industriellen nicht gerecht werden kann und daß die Sozialdemokratie gegen die Regierung ist, bedarf keiner besonderen Erwähnung. Die sächſische Regierung schwebt in der Luft. Daher kam es auch, daß die Wahlrechtsdeputation den Wahlrechtsentwurf der Regierung gar nicht einmal beraten hat!

Der politische Zustand in Sachsen entspringt seinen wirtschaftlichen Verhältnissen. Jedes hochentwickelte Industrieland wird schließlich die Regierung und die bürgerlichen Parteien vor die Entscheidung stellen, sich mit der Macht der sozialdemokratischen Arbeiter abzufinden. Mit

Gewalt läßt sich da nichts tun, nur der Boden des Rechts garantiert eine ruhige Entwicklung und gesunde Zustände. Recht ist aber gleiches Recht und deshalb kann nur auf Grund des gleichen Rechtes auf dem Boden des allgemeinen und gleichen Wahlrechts eine Lösung der Frage gefunden werden. Die Erfahrungen, die Sachsen machen muß, werden die anderen Bundesstaaten wohl davon abhalten, jemals den bedenklichen Weg einzuschlagen, auf dem Sachsen auf die schiefe Ebene geriet. Und in Sachsen wächst auch in bürgerlichen Kreisen die Einsicht, daß nur die völlige politische Gleichheit einen gedeihlichen Zustand zu schaffen vermag. Aber allem Anscheine nach müssen der Regierung und den herrschenden Klassen in Sachsen noch einige derbere Lektionen erteilt werden, ehe sie sich dazu entschließen, den Boden des gleichen Rechtes zu betreten?

### Deutsche Politik.

#### Der Riß im Freisinn.

Das Stuttgarter Zentrumsorgan, das „Deutsche Volksblatt“, veröffentlicht ein vertrauliches Rundschreiben des bayerischen demokratischen Landtagsabgeordneten Prof. Duidde an seine Parteifreunde, worin er wegen des Kompromisses in der Angelegenheit des Sprachenparagrafen die Einberufung eines außerordentlichen Parteitages verlangt. „Wir dürfen uns“, heißt es in dem Rundschreiben, „nicht zu Mitschuldigen machen an der fluchwürdigen Polenpolitik“. Wenn die volksparteiliche Fraktion gleichwohl zugestimmt hat, so ist dies zu geschehen im Interesse der Fortführung des Blocks unter Ausschluß des Zentrums; aber selbst die linksliberale Einigung wäre mit der Aufgabe der Parteigrundzüge zu teuer bezahlt, weil dies sicher die Einbuße des politischen Vertrauens zur Folge haben würde. Kein Freisinniger darf dergleichen von der Demokratie als Bedingung für ein Zusammengehen fordern.

Nächsten Sonntag findet in Stuttgart eine Sitzung des weiteren Ausschusses der süddeutschen Volkspartei statt, welche über die Stellung zum § 7 des Vereinsgesetzes beraten soll.

Eine ähnliche Aktion ist innerhalb der freisinnigen Vereinigung im Gange, an deren Fraktion am Mittwoch ein gedrucktes Schreiben gelangt ist, worin gegen das Sprachenkompromiß als ein „hässliches Ausnahmengesetz“ ein „Attentat auf die Muttersprache“, eine „flagrante Verletzung des Prinzips der Rechtsgleichheit“ protestiert wird. Zum Schluß heißt es:

Wir wissen, daß manche Abgeordnete alle unsere Bedenken und Besorgnisse teilen, aber glauben, der Fraktionsdisziplin ein Opfer des Intellekts bringen zu sollen. Rücksichtnahme auf die Erfordernisse der Fraktionsdisziplin erkennen wir bei kleinen Fragen willig an, aber die wichtigsten Grundzüge der Partei einer Parteidisziplin unterwerfen, heißt den Parteinhalt der Parteiform opfern. Wenn die Fraktionsgemeinschaft zum Instrument für die Unterdrückung von Parteiprinzipien gemacht werden kann, dann ist ihr weiterer Bestand ein Unheil.

Wir bitten deshalb auf das Eindringlichste unsere Parteifreunde im Parlament, sich nicht durch Annahme von Gesetzbestimmungen, die auf eine teilweise Enteignung der Muttersprache hinauskommen, zu Mitschuldigen an einem Ausnahmengesetz zu machen, das die Prinzipien des Freisinns verleugnet.

Die Adresse trägt u. a. folgende Unterschriften:  
Dr. Barth, Dr. Breitfeld, Oberst Gädke, v. Gerlach, Prof. Preuß-Berlin, Prof. Brentano-München, Prof. Schüding-Marburg, Landtagsabgeordneter Bauer-Stuttgart, Boersch-Düsseldorf (namens der fortschrittlichen Arbeiter) und zahlreiche Leiter lokaler Organisationen.  
Die Unterzeichneten sollen beabsichtigen, aus dem freisinnigen Parteiverbande auszutreten, falls das Sprachenkompromiß angenommen wird.

#### Ein Protest gegen das Reichsvereinsgesetz aus Elsaß-Lothringen.

Aus Straßburg wird gemeldet:  
Dem Landesauschuß ist ein von 20 Abgeordneten unterschriebener Antrag zugegangen, die Regierung zu ersuchen, beim Bundesrat darauf hinzuweisen, daß durch den von den Mehrheitsparteien des Reichstages unter Zustimmung der Regierung gefaßten Kommissionsbeschluß betreffend § 7 des Vereinsgesetzes die Elsaß-Lothringer französischer Zunge schwer benachteiligt würden. Nur in einem Wahlbezirke verfügten diese über eine Mehrheit von 60 von Hundert, so daß in allen anderen Bezirken der

Gebrauch der französischen Sprache nicht gestattet sein würde. Die Regierung wird ersucht, das ihrige zur Abwehr dieser harten Maßregel beizutragen.

So mußte es kommen.

Die „Leipz. Volkszeitung“ schreibt: Vor einigen Tagen meldeten wir, daß ein gewisser M h r i n g — ein früherer sozialdemokratischer Agitator, wie die bürgerliche Presse hinzuzusetzen unterließ — im Oberelsaß wegen Landesverrats verhaftet worden sei. Selbst aus diesem kümmerlichen Wissen wußte die bürgerliche Presse noch ein fettes Fleischgericht für ihre genügsamen Leser herzurichten. Man sehe sich mal an, wie der in Gleiwitz erscheinende klerikale Oberlehrer Wanderer die Sache angepackt hat. Zunächst macht er aus dem Möring einen M e h r i n g, aus dem Mehring einen Dr. Mehring, aus dem früheren sozialdemokratischen Agitator einen früheren sozialdemokratischen Redakteur, und daraus wieder „den berüchtigten früheren Chefredakteur der „Leipziger Volkszeitung“. Und nun endlich war die Sache soweit, im fettesten Fettdruck konnte sich das Blättchen als „Privattelegramm“ melden lassen:

Dr. Mehring, der berüchtigte frühere Chefredakteur der „Leipziger Volkszeitung“, nebst seiner Frau und einem Lumpensammler in St. Ludwig als Spion des Auslands verhaftet.

So wird's gemacht. Hoffentlich läßt sich der Reichs-Lügenverband für seine „ausklärende Agitation diese schöne Geschichte nicht entgehen.

Ueber das ehrengerichtliche Verfahren

gegen unseren Parteigenossen Dieblnecht erfährt die offiziös gefütterte Berliner „Post“: Nachdem die Staatsanwaltschaft gegen die durch das Ehrengericht erfolgte Ablehnung ihres Antrages auf Eröffnung der Voruntersuchung Beschwerde bei dem Kammergericht erhoben hatte, ordnete letzteres die Voruntersuchung an, und es wird nunmehr nach § 71 der Rechtsanwaltsordnung ein Richter des Kammergerichts durch den Kammergerichtspräsidenten mit der Führung der Voruntersuchung beauftragt. Nach Abschluß der Voruntersuchung und Erhebung der Anklage beschließt nach § 75 ff. der Rechtsanwaltsordnung das Ehrengericht der Anwälte des Kammergerichtsbezirks über die Eröffnung des Hauptverfahrens. Wird die Eröffnung des Hauptverfahrens abgelehnt, so steht dagegen der Staatsanwaltschaft die sofortige Beschwerde wiederum an das Kammergericht nach § 209 der Strafprozeßordnung zu; wird das Hauptverfahren eröffnet, so hat der Angeklagte kein Recht zur Aufhebung des Beschlusses, durch welchen das Hauptverfahren eröffnet wird. Nach Eröffnung des Hauptverfahrens abgelehnt, so steht dagegen der Kammergerichtsanwälte, sei es auf Beschwerde der Staatsanwaltschaft an das Kammergericht, findet dann erst die Hauptverhandlung in erster Instanz statt.

Ausland.

Italien.

Reinigung eines Augiasstalles. Nach den Ergebnissen des Prozesses N a s i hat sich die italienische Regierung veranlaßt gesehen, einen besonderen Ausschuß aus Parlamentariern und Beamten einzusetzen, der eine Untersuchung der Unterrichtsverwaltung vornehmen soll. Bekanntlich ist der Minister Nasi verurteilt worden, weil er staatliche Geldmittel, die für Lehrer und Lehrerinnen bestimmt waren, an seine Güntlinge usw. verteilte, sich selbst dabei natürlich auch nicht vergaß. Daß lange nicht alles, was in der Unterrichtsverwaltung faul ist, aufgedeckt worden, ist einleuchtend, und so erscheint es durchaus begründet, daß eine weitere Untersuchung vorgenommen wird. Jedoch ist die parlamentarische Opposition mit der Bildung der Kommission nicht zufrieden; sie verlangt vielmehr einen rein parlamentarischen Ausschuß.

Wie die Dinge in Italien liegen, erscheint es ziemlich gleichgültig, ob die Regierung oder die Kammer die Personen bestimmt, die die Untersuchung vorzunehmen haben. Die Korruption und Bettlerwirtschaft der Parlamentsgrößen ist mindestens ebenso groß, wie die der Ministerien, und so oder so wird die „Untersuchung“ deshalb nur an

der Oberfläche bleiben, wenn auch joviell Lärm gemacht wird, als sollte wirklich der Augiasstall gereinigt werden. Man wird sich hüten, zu tief zu gehen und den ganzen Sumpf aufzurühren. Denn tatsächlich sind Nasis Praktiken genau das, was auch andere Nachahrer getan haben, nur daß er etwas zu plump verfuhr, weshalb er auch den Sündenbock spielen mußte.

Im modernen Italien ist die Politik ein Geldgeschäft, wie übrigens in jedem Bourgeoisstaat, nur in ziemlich unverbüllter Form. Der Abgeordnete (von den Sozialisten und einigen Republikanern abgesehen) wird nicht zur Vertretung einer politischen oder sozialen Richtung gewählt, sondern zur Förderung der kommerziellen, industriellen oder agrarischen Interessen einer Clique; ist er dieser nützlich, so mag er im übrigen tun, was er will, und seinen privaten Vorteil nach Kräften wahrnehmen; daß er seine Stimme an die Regierung oder an Leute, die Minister werden wollen, verkauft, wird ihm weiter nicht übergenommen, und ganz selbstverständlich ist es, daß er seine Verwandten und die Verwandten einflussreicher Wähler in gut-bezahlte Sinekuren bringt. Die Minister suchen im allgemeinen in ähnlicher Weise ihr Schicksal ins Trockene zu bringen. Das liegt nun einmal im Bourgeoisregiment!

Badische Politik.

An den Landtagsabgeordneten Belzer

richtet die „Mannheimer Volksstimme“ den nachfolgenden Offenen Brief.

Herr Abgeordneter!

In Ihrer Kammerrede vom 21. März ds. Js. stellten Sie, um einen Beweis für den angeblichen Terrorismus der sozialdemokratischen Presse zu geben, u. a. die Behauptung auf, die Mannheimer „Volksstimme“ habe anlässlich der dortigen Hafenarbeiter-Ausperung im Spätjahr 1906 gelegentlich geschrieben:

„Dem christlichen Arbeiter muß das letzte Stück Brot aus der Hand geschlagen werden.“

Das amtliche stenogramm der Sitzung verzeichnet nach dieser Behauptung ein „Hört! Hört! beim Zentrum“, und Sie selbst meinten dazu: „Ich bin gespannt auf die Gegenbeweise, die vom Herrn Kollegen Süßkind nachher kommen werden.“

Wir müssen gestehen, daß wir es — trotz der bösen Erfahrungen, die wir mit unseren Bekämpfern im Zentrum schon gemacht haben — nicht für möglich hielten, daß ein Abgeordneter in einer wohlpräparierten Rede die oben erwähnte lägenhafte Unterstellung gegen unser Blatt wiederholen würde, nachdem sie bereits im Reichstag vor einigen Monaten unanfechtbar als solche charakterisiert worden ist. Ebenso wenig hielten wir es für möglich, daß in einer Parlamentsfraktion von 28 Mann, von denen fünf gleichzeitig dem Reichstag angehören, nicht ein Einziger ist, der seinen Parteigenossen auf Grund seiner Kenntnisse der Vorgänge im Reichstag darauf aufmerksam gemacht hätte, daß er hier eine faulstidige Unwahrheit gesagt hat, die demjenigen, der sie zuerst in die Welt setzte, als lägenhafte Fälschung zur Last liegt.

Die tatsächliche Unterlage der letzteren ist die folgende: In der Nr. 282 unserer „Volksstimme“ vom 18. Oktober 1906 war ein Artikel zur Ausperung der Mannheimer Städtgitarbeiter enthalten, in dem es nach einer kurzen Charakterisierung des bezüglichen Vorgehens der Arbeitgeber bei der Ausperung mit Bezug auf die Festlichkeiten, die in jenen Tagen zu Ehren des Regierungsjubiläums Großherzogs Friedrichs I. auch in Mannheim veranstaltet wurden, in einem Appell an die Hafenarbeiterfrauen u. a. heißt:

„Nehmt eure hungernden Kinder bei der Hand, führt sie durch die Straßen der Stadt und zeigt ihnen die Hungerpein, die das Jahreslohnverfall vieler Tausend Arbeiter repräsentiert, die man in einem kurzen byzantinischen Wollustausch verpackte, während man dem Vater in unerfährlichem Geiz das Stück Brot aus der Hand schlug, das er seinen hungernden Kindern bringen wollte. . . . Nehmt diesem neuen Geschlecht das Lied des Hasses gegen Unnatur und eine Gesellschaftsordnung, in der brutaler Nachtfanatismus dem Vater das Brot aus der Hand schlägt, ja dem Vater die den Kindern Brot erwerbende Hand abhackt. . . .“

So der genaue Wortlaut des Artikels der „Volksstimme“.

auf den sich Ihre Anklage stützt, Herr Belzer! Und nun vergleiche man, was Sie daraus gemacht haben! Sie haben — wissentlich oder fahrlässig, das zu entscheiden, bleibt Ihnen überlassen — den Sinn in sein direktes Gegenteil verkehrt, indem Sie aus einer scharfen Kennzeichnung des Unternehmerterrorismus einen Fall von freigewerkschaftlichem Terrorismus gegen christliche Arbeiter machten. Das ist ein ganz ungeheuerliches Vorkommnis, das dadurch noch viel schlimmer wird, daß — wie gesagt — daselbe Manöver bereits im Reichstag einmal versucht, aber gleich damals von unserer Fraktion unter Vorlegung schlüssigen Gegenbeweismaterials zurückgewiesen wurde.

Nach Lage der Sache verlangt von Ihnen, Herr Abgeordneter Belzer, die Pflicht des Ehrenmannes, daß Sie die als lägenhafte Fälschung erwiezene Behauptung dort, wo Sie sie aufgestellt — nämlich auf der Rednertribüne der zweiten Kammer — auch wieder zurücknehmen und offen erklären, daß Sie dem politischen Gegner schweres Unrecht zugefügt haben. Weigern Sie sich dessen, so werden Sie sich nicht darüber beklagen können, wenn man Ihnen als Mensch und Politiker in Zukunft eine Beurteilung zuteil werden läßt, die Sie in den weitesten Kreisen des Vertrauens der Bevölkerung unwürdig erscheinen läßt.

Mannheim, 25. März 1908.

Redaktion der „Volksstimme“.

Das ist kräftig, aber wohlverdient. Uebrigens wird heute Nachmittag Gen. Ad. Graf den Belzerschen Behauptungen gleichfalls ein wenig nachgehen.

Christlicher Terrorismus in der Freiburger Eisenbahn-Betriebswerkstätte.

(Den Abgeordneten Kopf und Belzer ins Stammbuch.)

Eigenartige Zustände herrschen in der Betriebswerkstätte des neuen Güterbahnhofes in Freiburg. Es ist schon längst ein öffentliches Geheimnis in obiger Werkstätte: wer nicht im badischen Eisenbahnerverband ist, muß die schlechtesten Arbeiten ausführen; so ist es wenigstens beim Monteur Beathalter. Hauptterroristen sind die Auskollegen Schelling als ehemaliges sozialdemokratisches Parteimitglied und Johann Egloff, welcher das Organ des süddeutschen Eisenbahnerverbandes als Narrenblatt bezeichnet hat. Wir wollen ihm das nicht überbelohnen, weil eben diese geistige Kraft für sein Sinn nicht verdaulich ist. Hinzu kommt der zarte Schmirgel-Karle, Mitglied des katholischen Arbeitervereins, der ebenfalls seine wichtige Person ins Bordretreffen für den badischen Eisenbahnerverband stellt.

Wir fragen bei Herrn Belzer an, ist es kein Terrorismus, wenn sich obige Herren erdreisten, frisch eingestellten Leuten gegenüber zu äußern, wenn sie nicht in den badischen Verband gehen, sie in der Rauchkammer arbeiten müssen, und nicht mehr aus dieser Rauchkammer herauskämen? Oder wenn sie in den süddeutschen Verband gehen, und kommen in den Fahrdienst, so müssen sie doch in den badischen Verband, sonst werden sie von den Lokomotivführern gedrückt? Auch ist es sonderbar, daß Mitglieder des süddeutschen Eisenbahnerverbandes bei sehr schweren Arbeiten sich allein abfinden müssen, hingegen Mitglieder vom badischen Eisenbahnerverband immer Beihilfe zur entsprechenden Arbeit haben. Muß eine Arbeit von mehreren Arbeitern verrichtet werden, so wird folgendes herbeigeholt: Entweder kommen lauter Arbeiter vom badischen Verband hin oder Leute, die nicht in einer Organisation sind, damit sie dort bearbeitet werden können für den badischen Verband. Werden Leute frisch eingestellt, so ist es gang und gäbe, daß sie dem zarten Schmirgel-Karle zugeteilt werden, damit sie ihre Vorstudien zum badischen Verbands erhalten. Auch ist Lösungswort: Die Süddeutschen müssen badisch werden!

Wir wollen hoffen, daß diese Mißstände, zumal dort der technische Aufsichtsbeamte stets als gerechter Mann bezeichnet wurde, beseitigt werden. Sollten die Terroristen mit diesen Feilen nicht zufrieden sein, so werden wir ein zweites Längchen mit ihnen wagen.

Und noch ein Terrorismus-Fall.

Wie Fälle von Terrorismus der freien Gewerkschaften konstruiert werden, dafür liefert ein Artikel der „Straßburger Post“ über die Verhandlungen zwecks Abschluß eines Tarifvertrages für das Malergewerbe in Süddeutschland.

„Sie rechnet mit unserer Unwissenheit inbetreff ihrer Persönlichkeit. Sie wird daher intogno kommen, um zu sehen, zu forschen, in einer Verkleidung oder in sonst unauffälliger Gestalt. Gerade deshalb habe ich keinen einsamen Ort gewählt, wohin zu gehen sie sich scheuen würde, weil sie da zu sehr aufstele, sondern einen öffentlichen Verkehrsplatz, wo um die betreffende Stunde zahlreiche Menschen passieren, dorthin wird sie sich nicht fürchten zu gehen. Meine Aufgabe ist es dann, sie herauszufinden und festzuhalten.“

„Das läßt sich hören“, rief Wulff beifällig. „Fraglich ist nur, ob sie auch die Annonce lesen wird.“

„Sie liest jetzt täglich die Zeitungen von A bis Z“, behauptete der Detektiv im Tone inniger Lieberzeugung. „Ich möchte wetten, daß sie sich zeigen wird — ob ich sie erkenne, ist ein ander Ding.“

Während der Kommissar die von seinem Untergebenen vorge schlagenen Sicherheitsmaßregeln in Szene setzte und Telefon und Telegraph zwischen der Stadt und den deutschen Hafenstädten spielte, machte sich der Geheimpolizist auf den Weg nach den Zeitungsexpeditionen, wo er still in sich hineinlächelnd sein Informat aufgab. Die Wirkung mußte er abwarten, vor dem Abend des nächsten Tages konnte sie nicht eintreten. Bis dahin blieb jedoch der Detektiv nicht müßig, er streifte ohne Unterbrechung in der Stadt umher, forschte auf allen Promenaden, in Cafés und Hotels, besuchte die Wohnhöfe, in der Hoffnung, der blauen Dame oder einer Person, die ihr ähnlich sah, zu begegnen, ohne indessen seinen Zweck zu erreichen.

Als die Stunde des Rendezvous erschien, machte er sorgfältig Toilette, da ihm die Maske des bagyrenenden Künstlers bereits zu verbraucht erschien. Mehrere hatten bereits durch sie hindurchgeblüht, er durfte keine Vorhüt auf der Hand lassen. Nach längerer Lieberlegung wählte er das Kostüm eines Hausierers, er wollte und durfte unter keinen Umständen auffallen, mußte aber auch die Möglichkeit behalten, auf der Straße Post zu fassen, ohne daß seine Anwesenheit in Erstaunen setzen konnte.

(Fortsetzung folgt.)

Zwischen den Zelten.

Kriminalroman von Friedrich Thieme.

35) (Nachdruck verboten.) (Fortsetzung.)

Welcher Art das Geheimnis war, das sie mit Morson geteilt, konnte er nicht wissen — das aber stand fest für ihn, daß sie eine Landsmännin von dem Toten war! Sie hatte mit fremdem Akzent gesprochen — Henry Morson war Amerikaner — legte sie vielleicht extra die Reise über den Ozean zurück, um ihn in Deutschland zu treffen und ihre Rechnung mit ihm zu ordnen?

Wenn es der Fall, so lag auch derselbe Rückweg vor ihr. Seit gestern Mittag waren fast 24 Stunden vergangen — sie konnte bereits in Hamburg sein, sich eingeschifft haben!

Unruhig schritt der Detektiv dahin.

„Nein“, beschwichtigte er dann seine Zweifel, „sie ist nicht abgereist! Da sie nicht auf der Stelle die Flucht ergriff, sondern hier verweilte, um noch einen für sie hochbedeutungsvollen Zweck zu verfolgen, so wird sie den Versuch, ihr Ziel doch noch zu erreichen, nicht aufgeben! Immerhin muß unverzüglich Nachricht an alle etwa in Betracht kommenden Hafenstädte abgehen!“

Soweit in seinen Debütationen gelangt, strebte Franke in plötzlicher Eile dem Rathaus zu, wo er dem Kommissar in möglichster Kürze Bericht erstattete.

„Sie haben recht“, stimmte Wulff seinem Vorschlage bei. „Wir dürfen nichts verabsäumen. Alle erforderlichen Schritte sollen in einer Stunde getan sein; falls die Flüchtlinge nicht das Glück gehabt, ein gleich abgegebendes Fahrzeug anzutreffen, soll sie uns auch in dem von Ihnen gemutmaßten Falle nicht entgehen! Wir haben jetzt auch das Kontor der Verdächtigen, das wird uns von großem Nutzen sein!“

„Selbst wenn sie sich bereits eingeschifft hätte“, ergänzte der Geheimpolizist, „böten sich wenige Chancen für sie, uns zu entgehen. Bevor sie irgendwo landen kann, sind die transatlantischen Behörden benachrichtigt. Freilich zöge sich das Verfahren dadurch unliebsam in die Länge — besser wäre es, wenn wir ihrer noch auf deutschem Boden habhaft zu werden vermöchten — und

offen gestanden, ich gebe die Hoffnung nicht auf. Ich bin der unumstößlichen Ueberzeugung, daß die blaue Dame noch in E. weilt, und werde alles daran setzen, sie aufzufinden!“

Auch ich teile Ihre Ansicht. Wenigstens ist seit vorgestern Nacht auf den hiesigen Bahnhöfen niemand abgereist, dessen Signalement im ersten Augenblick auf die von uns Gesuchte paßt. Uebrigens ist leider auch keine der Schilderung der Zeugen entsprechende Frauensperson ermittelt worden. Was gedenken Sie jetzt zu tun? Immer noch fehlt jede sichere Spur, der Sie zu folgen vermöchten?“

„Mein Plan ist äußerst einfach, vielleicht sogar plump“, erwiderte der Detektiv. „Und doch verspreche ich mir Erfolg davon. Die blaue Dame hat sich im „Girsch“ den Namen Werta Vogt beigelegt. Ich erlasse nun in den hiesigen Blättern eine kleine, unauffällige Annonce folgenden Inhalts: Wenn Werta Vogt sich heute den . . . August abends 8 Uhr auf der neuen Brücke einfinden will, wird sie von einem Freunde W.'s. sie sehr interessierende Mitteilungen erhalten; Erkennungszeichen: eine weiße Rose.“

Der Kommissar schüttelte den Kopf.

„Darauf fällt sie nicht hinein“, ließ er enttäuscht seiner Meinung Worte.

„Davon bin ich auch überzeugt, Herr Kommissar — es ist aber auch nicht so gemein. Die blaue Dame wird nicht zum Rendezvous erscheinen, natürlich nicht — oder wenn sie erscheint, ist sie ganz gewiß unschuldig! Sie wird aber, wenn sie das Fenster erblüht, von einer nagenden Unruhe geplagt werden, zu erfahren, was das für eine Bedeutung. Eine Person, der so viel an einer gewissen Sache gelegen ist, daß sie sich sogar in die Wohnung des Ermordeten wagt, daß sie einen neuen Mantel speziell zu dem Zwecke kauft, den ihrigen darunter zu verbergen, wird nicht umhin können, zu denken, daß doch eine wenn auch entfernte Möglichkeit besteht, Morson könne das bewußte Geheimnis einem Freunde verraten, ihm das gesuchte Dokument in Verwahrung gegeben haben — immer vorausgesetzt, daß es sich um etwas derartiges handelt und die Dame noch hier ist, was ich beides als tatsächlich festgestellt erachte, wie es in der Gerichtssprache heißt. Sie wird also wenigstens wissen wollen, wer an der betreffenden Stelle auf sie wartet und ob sich eine Falle hinter der Annonce verbirgt. Davon, daß wir ihr Porträt besitzen, weiß sie nichts,

welche nenden. Artikel verban. handf. Wohlw. Verant. Wi. murd. Baden. sations. stellt, Unterh. gegeb. handlu. und de. 28. Fe. der na. lung d. den 21. sollte. 21. M. geblich. erschie. und ge. 28. Fe. gemorf. turf. schaft. z. Serron. „gelbe“. mußte selbst i. dieser. mer ab. Abg. C. vertret. Unteru. Beratu. geber f. Zur. dem in. 12 000. schen u. von K. Seiten. arbeit. gewalt. nung, d. der Re. zur La. Numm. Seit. im bor. Seite. lung v. daktion. das „M. briefes. veröff. er der. klärung.

gehen i. sam bo. große. tionen. daß da. — In. Reihe v. Eisenb. Bericht. Drud e.

den Ver. tal. Herr. kathol. tage „be. hinüber. cher mit. Zwilling. so die f. schritt h. Deutsch. gion“ f. die vom. trums v. ihren v. gegen se. gewisse. des vier. Bei. genannt. unterno. eine K. guten E. hat die. der Red. wort“, i. weiß, u. Vereins. den Ver. mit dem. manche. Wi. Leben“ (Red.) h. den“ ih. Lottie. Verfam. hinterm.

den Ref. zur La. Numm. Seit. im bor. Seite. lung v. daktion. das „M. briefes. veröff. er der. klärung.

gehen i. sam bo. große. tionen. daß da. — In. Reihe v. Eisenb. Bericht. Drud e.

den Ref. zur La. Numm. Seit. im bor. Seite. lung v. daktion. das „M. briefes. veröff. er der. klärung.

gehen i. sam bo. große. tionen. daß da. — In. Reihe v. Eisenb. Bericht. Drud e.

gehen i. sam bo. große. tionen. daß da. — In. Reihe v. Eisenb. Bericht. Drud e.

welche in Mannheim stattfanden, einen recht bezeichnenden Beweis.

Als Terrorismus schlimmster Sorte wird es in diesem Artikel bezeichnet, daß sich die Vertreter des freien Malerverbandes geweigert haben, gemeinsam mit Vertretern der Girsch-Dunderschen und der gelben Gewerkschaften zu verhandeln.

Wie liegt nun die Sache in Wirklichkeit? Im Februar wurde von Seiten der Unternehmerverbände der Landesteile Baden, Pfalz, Hessen und Hessen-Nassau an die Organisationsleitung der freien Gewerkschaft das Ersuchen gestellt, mit ihnen zwecks Tarifes für das ganze Gebiet in Unterhandlungen zu treten.

Zum besseren Verständnis sei noch mitgeteilt, daß in dem in Betracht kommenden Gebiete der freie Verband etwa 12 000, die Christlichen etwa 180 und die Girsch-Dunderschen überhaupt keine Mitglieder haben.

Der Redakteur Schmidt in der Nummer vom Mittwoch zur Last gelegt wird, besteht, wie man uns schreibt, in einer Nummer des „Markt-Tagbl.“ die nur auf einer Seite in bedruckt, von einem Abonnenten dieses Blattes im vorderen Bienenland dem Gedmann zugeschickt wurde mit einigen Zeilen des Spottes.

Der anonyme Schmähbrief

Der Redakteur Schmidt in der Nummer vom Mittwoch zur Last gelegt wird, besteht, wie man uns schreibt, in einer Nummer des „Markt-Tagbl.“ die nur auf einer Seite in bedruckt, von einem Abonnenten dieses Blattes im vorderen Bienenland dem Gedmann zugeschickt wurde mit einigen Zeilen des Spottes.

In der Gehaltsstarifkommission

gehen die Beratungen über den Gehaltsstarif nur langsam vorwärts. Die Zahl der Petitionen ist eine sehr große, sie beträgt zurzeit etwa 120. Diese vielen Petitionen müssen alle besprochen werden und es ist erklärlich, daß dadurch die Verhandlungen nicht beschleunigt werden.

Dusenbach, 26. März. „Geistiges Leben“ pulsiert nach den Berichten des „Bad. Landmann“ zurzeit im vorderen Albtal. Herr Betriebssekretär Santo ist der „Magnet“, der den letzten kathol. Arbeiter anzieht.

Bei uns im Dorf wurde in letzter Zeit eine große „Mazzia“, genannt Hausagitation, für den katholischen Volksverein unternommen, um die „Armen im Geiste“ zu veranlassen, bloß eine Reichsmark pro Jahr auf den Altar der „alleweg guten Sache“ zu opfern.

Wir konstatieren ferner: Der Wirt, bei dem „das geistige Leben“ an jenem Tage so stark „pulsierte“, (wer lacht da? Die Red.) hat uns seinerzeit den Saal verweigert, weil „Hochwürden“ ihm seit unserer letzten Versammlung das Sozialbrot fortgerafft.

Wir konstatieren ferner: Der Wirt, bei dem „das geistige Leben“ an jenem Tage so stark „pulsierte“, (wer lacht da? Die Red.) hat uns seinerzeit den Saal verweigert, weil „Hochwürden“ ihm seit unserer letzten Versammlung das Sozialbrot fortgerafft.

Der Reichskanzler und die preußische Wahlrechtsfrage.

(131. Sitzung.)

\* Berlin, 26. März.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Beratung des Ergänzungsetats. Die Kommission schlägt die Bewilligung der darin enthaltenen Forderungen für Heeres- und Postverwaltung (Ausgaben für Bekleidung von Truppen sowie Vergütung an Postagenturen) vor.

Staatssekretär Kräfte protestiert nochmals gegen den neulich von dem Abgeordneten Nebel erhobenen Vorwurf, daß seitens der Post Verletzungen des Briefgeheimnisses vorgekommen seien.

Abg. Singer (Soz.) erklärt, bei einer gerichtlichen Verhandlung sei nachgewiesen worden, daß Briefe an einen Angeklagten der Polizei ausgeliefert worden seien.

Abg. Lattmann (w. Bg.) wendet sich gegen die sozialdemokratische Resolution Albrecht auf Vorlegung eines Gesetzes, demzufolge Ausweisungen von Ausländern nur auf Grund richterlichen Urteils und auf Grund reichsgesetzlicher Vorschriften zulässig sein soll.

Reichskanzler Fürst Bülow führt aus, die Ausführungen des Vorredners über das Verhältnis der Beamten zum Staate unterschreibe er. Seine Anregungen werde er sorgsam erwägen. Weiter wende er sich zu den Wahlrechts-Resolutionen. Rechtschaffenheit über bundesstaatliche Angelegenheiten habe er hier nicht abzulegen.

Reichskanzler Fürst Bülow führt aus, die Ausführungen des Vorredners über das Verhältnis der Beamten zum Staate unterschreibe er. Seine Anregungen werde er sorgsam erwägen. Weiter wende er sich zu den Wahlrechts-Resolutionen.

Abg. Wellstein (Zentr.) erklärt, eine solche Begründung der Nichtübertragung des Reichswahlrechtes auf Preußen hätten wir niemals für möglich gehalten. Daß die Regierung nicht daran denke, das Reichswahlrecht abzuändern, halte er für selbstverständlich.

Abg. Wellstein (Zentr.) erklärt, eine solche Begründung der Nichtübertragung des Reichswahlrechtes auf Preußen hätten wir niemals für möglich gehalten. Daß die Regierung nicht daran denke, das Reichswahlrecht abzuändern, halte er für selbstverständlich.

Abg. Wellstein (Zentr.) erklärt, eine solche Begründung der Nichtübertragung des Reichswahlrechtes auf Preußen hätten wir niemals für möglich gehalten. Daß die Regierung nicht daran denke, das Reichswahlrecht abzuändern, halte er für selbstverständlich.

Abg. Wellstein (Zentr.) erklärt, eine solche Begründung der Nichtübertragung des Reichswahlrechtes auf Preußen hätten wir niemals für möglich gehalten. Daß die Regierung nicht daran denke, das Reichswahlrecht abzuändern, halte er für selbstverständlich.

Abg. Wellstein (Zentr.) erklärt, eine solche Begründung der Nichtübertragung des Reichswahlrechtes auf Preußen hätten wir niemals für möglich gehalten. Daß die Regierung nicht daran denke, das Reichswahlrecht abzuändern, halte er für selbstverständlich.

Abg. Wellstein (Zentr.) erklärt, eine solche Begründung der Nichtübertragung des Reichswahlrechtes auf Preußen hätten wir niemals für möglich gehalten. Daß die Regierung nicht daran denke, das Reichswahlrecht abzuändern, halte er für selbstverständlich.

Abg. Wellstein (Zentr.) erklärt, eine solche Begründung der Nichtübertragung des Reichswahlrechtes auf Preußen hätten wir niemals für möglich gehalten. Daß die Regierung nicht daran denke, das Reichswahlrecht abzuändern, halte er für selbstverständlich.

Abg. Wellstein (Zentr.) erklärt, eine solche Begründung der Nichtübertragung des Reichswahlrechtes auf Preußen hätten wir niemals für möglich gehalten. Daß die Regierung nicht daran denke, das Reichswahlrecht abzuändern, halte er für selbstverständlich.

Abg. Emmel (Soz.):

Es ist nicht daran zu denken, daß sich das preußische Volk mit der vom Reichskanzler angekündigten „Reform“ zufriedengeben kann, denn solange die öffentliche Stimmenabgabe und die bestehenden ungerechten Wahlkreiseinteilungen erhalten bleiben, ist diese Reform keine Reform.

Es ist nicht daran zu denken, daß sich das preußische Volk mit der vom Reichskanzler angekündigten „Reform“ zufriedengeben kann, denn solange die öffentliche Stimmenabgabe und die bestehenden ungerechten Wahlkreiseinteilungen erhalten bleiben, ist diese Reform keine Reform.

Es ist nicht daran zu denken, daß sich das preußische Volk mit der vom Reichskanzler angekündigten „Reform“ zufriedengeben kann, denn solange die öffentliche Stimmenabgabe und die bestehenden ungerechten Wahlkreiseinteilungen erhalten bleiben, ist diese Reform keine Reform.

Es ist nicht daran zu denken, daß sich das preußische Volk mit der vom Reichskanzler angekündigten „Reform“ zufriedengeben kann, denn solange die öffentliche Stimmenabgabe und die bestehenden ungerechten Wahlkreiseinteilungen erhalten bleiben, ist diese Reform keine Reform.

Es ist nicht daran zu denken, daß sich das preußische Volk mit der vom Reichskanzler angekündigten „Reform“ zufriedengeben kann, denn solange die öffentliche Stimmenabgabe und die bestehenden ungerechten Wahlkreiseinteilungen erhalten bleiben, ist diese Reform keine Reform.

Es ist nicht daran zu denken, daß sich das preußische Volk mit der vom Reichskanzler angekündigten „Reform“ zufriedengeben kann, denn solange die öffentliche Stimmenabgabe und die bestehenden ungerechten Wahlkreiseinteilungen erhalten bleiben, ist diese Reform keine Reform.

Es ist nicht daran zu denken, daß sich das preußische Volk mit der vom Reichskanzler angekündigten „Reform“ zufriedengeben kann, denn solange die öffentliche Stimmenabgabe und die bestehenden ungerechten Wahlkreiseinteilungen erhalten bleiben, ist diese Reform keine Reform.

Es ist nicht daran zu denken, daß sich das preußische Volk mit der vom Reichskanzler angekündigten „Reform“ zufriedengeben kann, denn solange die öffentliche Stimmenabgabe und die bestehenden ungerechten Wahlkreiseinteilungen erhalten bleiben, ist diese Reform keine Reform.

Es ist nicht daran zu denken, daß sich das preußische Volk mit der vom Reichskanzler angekündigten „Reform“ zufriedengeben kann, denn solange die öffentliche Stimmenabgabe und die bestehenden ungerechten Wahlkreiseinteilungen erhalten bleiben, ist diese Reform keine Reform.

Es ist nicht daran zu denken, daß sich das preußische Volk mit der vom Reichskanzler angekündigten „Reform“ zufriedengeben kann, denn solange die öffentliche Stimmenabgabe und die bestehenden ungerechten Wahlkreiseinteilungen erhalten bleiben, ist diese Reform keine Reform.

Es ist nicht daran zu denken, daß sich das preußische Volk mit der vom Reichskanzler angekündigten „Reform“ zufriedengeben kann, denn solange die öffentliche Stimmenabgabe und die bestehenden ungerechten Wahlkreiseinteilungen erhalten bleiben, ist diese Reform keine Reform.

Es ist nicht daran zu denken, daß sich das preußische Volk mit der vom Reichskanzler angekündigten „Reform“ zufriedengeben kann, denn solange die öffentliche Stimmenabgabe und die bestehenden ungerechten Wahlkreiseinteilungen erhalten bleiben, ist diese Reform keine Reform.

Es ist nicht daran zu denken, daß sich das preußische Volk mit der vom Reichskanzler angekündigten „Reform“ zufriedengeben kann, denn solange die öffentliche Stimmenabgabe und die bestehenden ungerechten Wahlkreiseinteilungen erhalten bleiben, ist diese Reform keine Reform.

durch eine Prüfung beweisen müßten. Außerdem bemängelt er den zu häufigen Personenwechsel in diesen Ämtern.

Staatssekretär v. Schön stellt zunächst in Abrede, daß bei der Auswahl von diplomatischen Personen nach einseitigen und ungeringfügigen Gesichtspunkten verfahren werde. Sicher sei, daß vorwiegend bei der Auswahl zu verfahren sei. Es hätten Erwägungen stattgefunden über eine neue Prüfungsordnung für Anwärter auf die diplomatische Karriere. Die Interessen der Deutschen im Auslande würden in jeder Beziehung geschützt. Auch die deutschen Kaufleute in Marokko könnten damit zufrieden sein.

Nach weiteren Auseinandersetzungen wurde dann der Etat des Auswärtigen Amtes erledigt und zur Beratung des Etats-Beschlusses übergegangen.

Der Rest des Ordinarius wird bewilligt. Zum Extra-Ordinarius empfiehlt die Budgetkommission die Fortsetzung von 175 000 Mk. zur Errichtung eines Konsulats-Gebäudes in Tientsin 1. Rate zu streichen. Mit großer Mehrheit wird entgegen dem Kommissionsvorschlag die Fortsetzung bewilligt, ebenso der Rest des Extra-Ordinarius ohne Debatte. Im Etat der Reichsschuld hat die Budgetkommission die Verzinsung der Mittel zur vorübergehenden Verstärkung der ordentlichen Betriebsmittel der Reichshauptkasse von 3 auf 12 Millionen zu erhöhen vorgeschlagen. Das Haus beschließt demgemäß. Im übrigen wird der Etat ohne Debatte erledigt. Die Ministerialbeiträge werden vorbehaltlich der kalkulatorischen Feststellung der Schlussziffern genehmigt und schließlich das Staatsgesetz angenommen. Damit ist die zweite Lesung des Reichshaushaltsetats für 1908 beendet. Freitag 1 Uhr 3. Lesung des Etats. Schluß gegen 3/4 Uhr.

Aus der Partei.

Ottensheim, 26. März. Parteigenossen! Am Sonntag, 29. März, nachmittags 4 Uhr, ist in Ottensheim im „Anker“ Versammlung des Wahlvereins. Der Kreisvorstand wird einen Vertreter entsenden. Wahrscheinlich kommt der Gen. Horst, Landtagsabgeordneter. In anbetrach der Wichtigkeit der Sache dürfte die Aufforderung, die Versammlung zahlreich zu besuchen, den Zweck nicht verfehlen. Tagesordnung: 1. Die Aufgaben der Wahlvereine, Referent der Vertreter des Kreisvorstandes. 2. Maifeyer, Referent Gen. Dannerer.

Zum Tobestage Ignaz Auer gibt die Buchhandlung „Vorwärts“, Berlin SW. 68, Lindenstraße 68, eine Gellotagabüre des verstorbenen Vorkämpfers heraus. Das Bild ist sehr sauber in Kupferdruckmanier hergestellt. Die Plattendicke ist 21 x 28 Zentimeter, Kartongröße 40 x 53 Zentimeter und zum Preise von 1 Mk., zuzüglich 20 Pf. Porto, durch jede Buchhandlung zu beziehen. Erste Drucke auf feinstem Japanpapier kosten pro Exemplar 2 Mk.

Gewerkschaftliches.

Was für einen Nutzen bieten in Zahlen ausgedrückt die Organisationen? Genosse Jgleias hielt kürzlich in Madrid vor den organisierten Aufsehern einen Vortrag, in dem er den pekuniären Nutzen der Organisationen den Genossen deutlich vorführte. Die Organisation besteht seit 10 Jahren und die Zahlen sind so berechnet, als ob nur 9 Monate gearbeitet würde. Die Droschkentischer 1. Klasse haben einen Mehrverdienst von fast 500 000 Pesetas, die Droschkentischer 2. Güte einen solchen von 400 000 Pesetas und die sonstigen im Droschendienst angestellten Arbeiter 472 500 Pesetas durch die Erhöhung der Löhne eingekauft, die drei Gruppen zusammen also rund 1 377 000 Pesetas. Nimmt man die Zahlen nun noch etwas höher an, wie sie eigentlich der Wahrheit entsprechen, so kommt man zu dem schönen Posten von 1 500 000 Pesetas, die nur dem geschlossenen Vorgehen der organisierten Droschkentischer zu verdanken sind. Die höheren Löhne wurden fast durchweg auf friedlichem Wege erzielt; in die ganze Epoche fallen nur 2 Generalstreiks und einige wenige Partialisstreiks.

Ebenso wichtig ist der Gewinn an Zeit. Früher arbeiteten die Kutsher ihre 17, 18, 19 Stunden, jetzt nur noch 15 Stunden. Rechnet man nun 15 Stunden statt 18 auch nur auf 9 Monate im Jahr, so erhält man in den 6 Jahren, seitdem der verkürzte Arbeitstag in Kraft getreten ist, 822 Ruhetage pro Kutsher oder 52 Ruhetage pro Kopf und Jahr. Nimmt man nun an, daß höchstens 100 000 Pesetas für Streikunterstützungen, Kommissionen und andere Unkosten daraufgegangen sein mögen, so ist der bleibende wirkliche Profit immer noch groß genug. Nicht mit Geld abzuschätzen ist der Segen der neuen Errungenschaften für die gesamte Lebenshaltung, für die Gesundheit, für die Stellung, die die organisierten Arbeiter heute einnehmen und für die Hebung des ganzen Standes.

Zur Gipsersperre in Heidelberg.

Während die Gipsergesellen Heidelbergs ausgeperrt sind, um sie dem Willen des Unternehmertums gefügiger zu machen, versuchen die Gipsmeister Heidelbergs von auswärtig Arbeitswillige herbeizujiehen. Das Unternehmen und dessen Helferzähler im Gipsergewerbe in Forstheim, sucht sie hierin getreulich zu unterstützen. So wurden gestern Donnerstag Vormittag 10,15 Uhr vom Bautechniker Schenrig drei Arbeitswillige nach Heidelberg verladen und ihnen eindringlich eingepreßt, sich ja nicht abendig machen zu lassen. Ein Schutzmann sei am Bahnhof.

Wir wollen hoffen, daß den drei Arbeitswilligen noch in letzter Stunde ihr unwürdiges Verhalten zum Bewußtsein gekommen ist. Allen Gipsern aber rufen wir zu: Meidet Heidelberg, so lange keine Einigung mit den dortigen Gipsmeistern erzielt ist!

Soziale Rundschau.

Die Arbeiterschaft Bayerns. Aus dem Jahresbericht der Igl. Bayer. Gewerbeaufsichtsbeamten, sowie der Igl. Bergbehörden Bayerns für 1907 ist zu entnehmen: Im Jahre 1907 waren der Gewerbeaufsicht 105 444 (im Vorjahre 102 166) Betriebe mit 676 353 (im Vorjahre 647 701) Arbeitern unterstellt. Davon entfallen auf Fabriken 8101 (7820) Betriebe mit 408 904 (388 809) Arbeitern, auf das Handwerk 97 343 (94 346) Betriebe mit 267 449 (258 832) Arbeitern. Betriebe mit über 5 Arbeitern waren 14 392 (14 104) vorhanden. Von den insgesamt beschäftigten 676 353 Arbeitern waren 56 163 männliche und 16 588 weibliche unter 16 Jahre alt, 476 249 männliche und 127 358 weibliche Arbeiter über 16 Jahre alt; revidiert wurden davon 20 512 männliche und 11 676 weibliche Jugendliche, 248 767

männliche und 85 811 weibliche Erwachsene, zusammen 386 266 Arbeiter. Bei den vorhandenen Betrieben steht im Jahre 1907 einer Steigerung der Gesamtarbeiterzahl um 4,4 Proz. eine solche bei den jugendlichen Arbeitern insgesamt um 6 Proz. (bei den männlichen um 4,7 Proz., bei den weiblichen um 10,6 Proz.), bei den erwachsenen Arbeitern insgesamt um 4,24 Proz. (bei den männlichen um 4,2 Proz., bei den weiblichen um 4,87 Proz.) gegenüber.

Vereine und Versammlungen.

Eldesheim, 24. März. Die Volksversammlung, die am Sonntag, 22. März, im Gasthaus zur „Rose“ stattfand, war nicht so stark besucht, wie man hätte erwarten dürfen, was erst auf die zu späte Bekanntmachung zurückzuführen ist. Der Arbeitergesangsverein „Frohstimm“ eröffnete die Versammlung durch einige Freiheitslieder. Genosse Warhloff aus Baden-Baden behandelte in seinem 1/2stündigen Referat „Die politische Lage im Reich und in Baden“, welches mit großem Beifall aufgenommen wurde. Da sich an der Diskussion niemand beteiligte, schloß Genosse Schäfer mit einem kräftigen Appell an die Anwesenden die Versammlung. Bemerkten möchten wir noch, daß von seiten des Militärvereinsvorstandes (Wendelin Hed ist sein Name) versucht wurde, uns unter Androhung, den Wirt aus dem Militärverein auszuschließen, das Lokal abzutreiben, was ihm aber nicht gelungen ist. Wir richten daher die Bitte an sämtliche Parteigenossen, die Wirtschaft zur „Rose“ zu berücksichtigen.

Gaslach i. K., 24. März. Die auf letzten Sonntag einberufene Volksversammlung erfreute sich eines guten Besuchs. Genosse Grahl aus Triberg behandelte in einem 1/2stündigen Referat das Thema: „Zentrum und Sozialdemokratie“. Mit ausführlichen und schlagenden Beweisen zitierte derselbe die Sünden, welche das Zentrum seit dem Jahre 1871 begangen hatte. Als Gegner trat ein Herr Georg Held aus Steinach auf. Derselbe wollte nach München, Gladbacher Muster das Zentrum verteidigen. In seinem Auftreten erkannte man in ihm gleich den großen H.-Korrespondenten des „König- und Elzthalboten“. Auf das ungedämmte Zeug, was dieser Herr verappte, noch näher einzugehen, hat keinen Zweck; seine Behauptungen konnten vom Referenten alle widerlegt, zum Teil sogar als direkte Lügen bezeichnet werden. Zum Schluß erwähnte Genosse Grahl die Anwesenden, neben dem „Volksfreund“ recht fleißig die Zentrumsblätter zu lesen, es werde dann jeder umso eher begreifen lernen, daß seine Ausführungen auf Wahrheit beruhen.

Söhrenbad, 24. März. Eine sehr gut besuchte öffentliche Volksversammlung mit dem Thema: „Was die Sozialdemokraten wollen und was sie nicht wollen“ fand hier am Sonntag, 22. ds. Mts., statt, nachdem tags zuvor von den zurwägenen Parteigenossen ein Flugblatt zur Verteilung gelangte, worin die gemeine und niederträchtige Kampfesweise der Zentrümmer, die sich in der Berichterstattung über die im Februar hier abgehaltene Versammlung zeigte, gebührend gekennzeichnet wurde. Genosse März verstand es in seinem einstündigen Vortrage in leicht verständlicher Weise die Ziele der Sozialdemokratie zu erläutern, wobei er betonte, daß durch das heutige Wirtschaftsprinzip die herrschende Klasse d. h. eine kleine Minderheit begünstigt würde, während die große Masse benachteiligt werde und oft mancher Familienvater nicht wisse, wo er für die Seinen Brot hernehmen soll. Ferner kam er noch auf die Berichterstattung von der letzten Versammlung zu sprechen. Er meinte, daß es nichts weniger als „grifflig“ sei, die Wahrheit dermaßen auf den Kopf zu stellen, wie in jenem Bericht. Viel ehrenhafter wäre es, dem Gegner Aug in Aug gegenüber zu treten, als sich solch schmutziger Waffen zu bedienen. Der reiche Beifall, der dem Referenten zuteil wurde, bewies, daß er den Anwesenden aus dem Herzen gesprochen hat.

An der darauffolgenden Diskussion nahm ein Parteigenosse teil, der sich mit dem Referenten einverstanden erklärte. Die Gegner zogen es wie immer vor, obwohl sie wiederholt aufgefordert wurden, von der Diskussion keinen Gebrauch zu machen. Desto mehr werden sie jetzt ihren Stroll wieder in der „Baldmichelpresse“ ablagern. Mit einem Appell an die Versammlung, die Parteipresse zu abonnieren und sich der Partei anzuschließen, wurde die sehr ruhig und interessant verlaufene Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokraten geschlossen.

Badische Chronik.

Durlach.

Im sozialdemokratischen Verein spricht morgen, Samstag Abend, Genosse Hueber über die Organisation und Erziehung der Jugend. Wir erlauben die Genossen namentlich mit ihren Frauen diesen Vortrag zu besuchen. Wiederholt machen wir darauf aufmerksam, daß die Beiträge in den Versammlungen bezahlt werden müssen.

Am Sonntag, den 29. März, vormittags 10-11 Uhr, findet in der Schölerstraße der Schluß des Fortbildungskurses statt. Zu demselben haben wir den Gemeinderat eingeladen. Ebenso sind hierdurch die Bürgerauschmittglieder, sowie Parteigenossen und Kollegen, soweit sie sich für unsern Fortbildungskurs interessieren, höflich eingeladen. Die Kurssteilnehmer wollen sich punkt halb 10 Uhr einfinden.

Der Jahresbericht über die Tätigkeit des hiesigen Gewerbegerichts pro 1907 ist vor kurzem herausgegeben. Während in den früheren Jahren die Berichte jeweils auch die Zahlen des vorhergehenden Jahres in Klammern enthielten, vermissen wir sie in dem vorliegenden Bericht, gerade nicht zu seinem Vorteil. Hinsichtlich des Ergebnisses der gerichtlichen Tätigkeit scheint der Bericht der für die Arbeiter ungünstigste zu sein, der uns vom Durlacher Gewerbegericht je vor die Augen kam. Im ganzen wurden 72 Klagen anhängig gemacht, wovon im Berichtsjahre 70 erledigt wurden. Die Klagen betrafen in 42 Fällen Lohnansprüche, in 26 Fällen Entschädigungsforderungen wegen Vertragsbruch und in 4 Fällen sonstige Streitpunkte. Erledigt wurden die Klagen in 25 Fällen durch Vergleich, in 19 Fällen durch Zurücknahme, Verzicht oder Verurteilung der Klage, in 7 Fällen durch Verfallurteil und in 19 Fällen durch Endurteile. Von den 19 durch Endurteile entschiedenen Fällen wurden nur 3 nach dem Klageantrag entschieden, in 8 Fällen lautete das Urteil abweisend und in weiteren 8 Fällen teilweise abweisend. Zugunsten der Arbeitgeber wurde entschieden in 11 Fällen, zugunsten der Arbeitnehmer in einem Fall, gemischt in 7 Fällen. Dabei ist zu beachten, daß von den 72 anhängig gemachten Klagen 61 von den Arbeitnehmern und 11 von den Arbeitgebern erhoben wurden. Zwei Drittel der

Klagen wurden in weniger als einer Woche erledigt. 15 Fälle nahmen eine Zeitdauer bis zu 2 Wochen in Anspruch, 9 Fälle beanspruchten eine längere Zeit. Das Hauptkontingent der Klagen stellte das Meingewerbe: Bäcker, Metzger, Schreiner, Schlosser und Eisenkonstruktionsbetriebe, während die Branchen, für die tarifliche Abmachungen bestehen, nur mit wenigen Fällen vertreten sind, so die Maurer mit 2, die Zimmerer mit 2 Fällen, die Bierbrauer mit einem Fall.

Betrachtet man das Resultat der Endurteile, so könnte man zu der Ansicht gelangen, daß auf Seiten der Arbeitnehmer die Unkenntnis der einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen und der sonstigen Voraussetzungen zur erfolgversprechenden Klageanbringung immer größer werde, aber, dieser ungünstigen Bilanz liegen andere in der Spruchpraxis des Gerichts liegende Ursachen zugrunde und darüber dürfte in der nächsten Kartelljahre eine ergiebige Aussprache erfolgen.

Erlangen.

Wir machen die Arbeiterschaft auf die morgen (Samstag) Abend bei Traut-Rattinende Märzfeier aufmerksam und bitten, für zahlreiche Besuch derselben zu agitieren. Als Referent ist Landtagsabg. W. Kolb gewonnen worden.

Druchsal.

Bürgerauschmittprüfung. Am Dienstag Nachmittag war hier die Beratung des Voranschlag. 76 von 111 Ausschmittmitgliedern waren anwesend. Vom Vorsitzenden wurde bekannt gegeben, daß das Jahr 1907 ungünstig ausgefallen sei. Teilweise waren mehrere Einnahmen, auf der anderen Seite Mehrausgaben schuld, daß Grundstücksgeber verwendet werden mußten. 33 000 Mk. sind in den Voranschlag eingestellt, um dieses Loch wieder auszufüllen; hierzu weitere 22 700 Mk., die durch Erhöhung der Schulzinsen, Gehaltsaufbesserungen usw. notwendig wurden, ergeben ein Mehr von 65 000 Mk. gegenüber dem Vorjahr. Dadurch wird ein Umlagefuß von 33 Pf. notwendig. Nachdem Herr Oberbürgermeister Stritt die Vorlage mundfertig gemacht hatte, wurde in die Generaldebatte eingetreten, die äußerst mager ausfiel. Dadurch, daß die Generaldebatte in solch armerlicher Weise verlief, glaubte man auch etwas schneller in der Spezialdiskussion fertig zu werden. Nach 3 1/2 Stunden war die ganze Geschichte erledigt.

Das Zentrum nahm sich dabei sehr possierlich aus. Unter der Führung des Landtagsabgeordneten Widemann glaubten die Zentrümmer in gewohnter Weise auch hier ein Handelsgeschäft abzuschließen zu können, das mehr wie jämmerlich war. Man denke: Herr Widemann, ein Lehrer, läuft Sturm gegen die Errichtung von Spielplätzen, um erst 3 Pf., später 1/2 Pf. am Umlagefuß zu sparen. Nachdem dieses Handelsgeschäft nicht geschlossen ist, stimmten ihrer 10 gegen den Voranschlag. Es ist dies der bekannte Trid der „Schwarzfunkler“. Den Wählern wird am Mittwoch versprochen, daß man Sturm laufen wolle gegen diese Mehrbelastung, dann wird gehandelt und zu guter Letzt sagt die Mehrzahl „Ja und Amen“ und eine kleine Minderheit stimmt dagegen und das nennt man dann — Zentrums-politik.

Freiburg.

Schwindlerin. Auf dem Wochenmarkt hat eine Händlerin eine vergoldete Reklamemarke für ein Zwanzigmarkstück eingekommen. Die Betrügerin konnte bis jetzt noch nicht gefaßt werden.

Arbeitergeschworene. Bei der am 23. d. M. stattgefundenen Auslösung der Geschworenen für das 2. Quartal wurden auch drei Arbeiter als Geschworene bestimmt und zwar ein Ziegler, ein Glaser und ein Schriftsetzer.

Singen.

Ein Arbeiter, der längere Zeit wegen einer äußerlichen Verletzung im hiesigen Krankenhaus war, überbrachte unfremdem Gewährsmann dieser Tage die Fleischration vom Mittagessen. Das Stückchen war so klein, daß wir es überhaupt nicht für möglich hielten; der betr. Arbeiter aber blieb allen Einwendungen gegenüber dabei, daß dies die ganze Fleischration sei. Sie sei jeden Tag so, mit ganz geringen Ausnahmen, und zum Beweise überbrachte er tags darauf die Fleischration wieder. Die Gewichtsprobe ergab, daß das Stückchen 32 Gramm wog, es mag also im rohen Zustande, wovon hoch kommt, 50 Gramm gewogen haben.

Es wird wohl niemand behaupten wollen, daß eine bezartige Miniatur-Nation zur Ernährung eines erwachsenen Menschen ausreichen könne oder gar zur Kräftigung und Stärkung von Melanbaleszenten beitragen könne. Wir erinnern uns, einmal in einem Museum Miniatur-Wörterchen aus dem Jahre 1817, dem bekannten Hungerjahre, gesehen zu haben. Diese Fleischportionen aus dem Jahre 1908 wären ein würdiges Seitenstück dazu. Man braucht sich angeichts dieser Umstände wahrlich nicht zu wundern, daß so viele Kranke absolut nicht ins Krankenhaus gehen wollen und man begreift leichter, daß z. B. Kranke der Pittingswerke sich mit Händen und Füßen dagegen wehren, wenn die Krankenkasse jener Werke sie in das Krankenhaus einweist.

Wenn die Verpflegungssätze, die die Krankenkassen an das Krankenhaus bezahlen, zu niedrig sind, so müssen sie eben erhöht werden, denn erstes Grundprinzip in einem Krankenhaus dürfte doch wohl ausreichende Ernährung sein.

Furtwangen.

Genossenschaftliches. Erfreulicherweise können wir konstatieren, daß der genossenschaftliche Sinn auch bei der hiesigen Arbeiterschaft immer mehr plaggreift und die Vorurteile gegen den Konsumverein in rapider Abnahme begriffen sind. Den Gegnern des hiesigen Konsumvereins, die sich namentlich aus dem Kaufmannsstande rekrutieren, haben sich nun auch als zweiter im Bunde die christlichen Gewerkschaften angeschlossen. Letztere haben bekanntlich mit Referenten Verträge abgeschlossen, um auf diese Weise den Konsumverein in seiner Aktionsfähigkeit zu schwächen. Die Gegner lassen also kein Mittel unversucht, um den Umschwung des Konsumvereins zum Stillstand zu bringen, d. h. dessen Fortschritt zu verhindern, was ihnen aber bis jetzt nicht gelungen ist. Der Verein hat nicht nur aller Gegenagitation Stange gehalten, sondern einen eminenten Fortschritt in seiner Mitgliederzahl gemacht. West-

Dank den Gegnern, sie haben die Säumnigen aufgerüttelt und dem Vereine zugeführt. Es war wieder einmal der böse Geist, der das Böse will und das Gute schafft.

Trotzdem dürfen wir uns nicht auf die Harenhaut legen, sondern müssen fortgesetzt agitieren. Eine Masse von Gewerkschaftskollegen, ledige und verheiratete, ebenso noch viele Mitglieder der politischen Organisation stehen dem Konsumverein noch abseits; diese müssen gewonnen werden.

\* Otterweier, 26. März. Auf der Bahnstrecke Otterweier-Wahl wurde heute früh der Streckenwärter Hättig tot mit einer Wunde am Kopfe aufgefunden. Man nimmt an, daß der Verunglückte seine Frau, welche Schrankenwärterin ist, abholen wollte und dabei, auf dem Geleise gehend, von einem Zuge angefahren wurde.

\* Fahr, 26. März. In dem Wohnhaus der Frau Witwe Pfeiffer, Gärtnerstraße 10, war heute früh Feuer ausgebrochen, welches dieses sowie das anstoßende Wohnhaus des Friedrich Bindenlauf in Asche legte. Vier Familien sind obdachlos geworden. Die Fahrnisse konnten zum größten Teil gerettet werden. Ueber die Brandursache verläutet nichts Bestimmtes.

\* Trüben, 27. März. Bankdirektor Wenz, Präsident der Schwabwälder Handelskammer und erster Direktor des Schwabwälder Bankvereins ist infolge eines Schlaganfalles gestern Vormittag 10 Uhr, mitten in der Berufsstätigkeit, auf seinem Bureau plötzlich verstorben. Der Verbliebene, der ca. 60 Jahre alt ist, hat sich um sein Institut, in dem er seit Gründung tätig war, sowie auch um die einheimische Industrie, für die er sich um eine heikliche Verkaufspreise bemühte, verdient gemacht. Ein dunkler Punkt in dem latenten Leben ist ein früheres Rundscheitern vertraulicher Natur, welches sich gegen die Fabrikinspektion richtete.

\* Waldshut, 26. März. Am 26. ds. Mts., morgens, wurde die Witwe des Bildhändlers R. Knecht in der Kirche während des Gottesdienstes von einem Schlaganfall betroffen und in bewußtlosem Zustande in ihre Wohnung verbracht.

Bei den gegenwärtig in der Umgebung und auch in den hiesigen Staatswaldungen stattgehabten Holzversteigerungen trat erfreulicherweise gütige, daß die Preise für Brennholz stark im Sinken begriffen sind. Vielfach wurde sogar weit unter dem Anschlag erzielt.

\* Heidelberg, 26. März. Vorgestern Abend 8 Uhr brannte das Doppelwohnhaus der Familien Leopold Klüßmann und Josef Bärger nieder. Die Entzündungsursache ist unbekannt.

Aus der Residenz.

\* Karlsruhe, 27. März.

Eine Anzahl städtischer Beamter

erhält nach einer Stadtratsvorlage die Ruhegehaltsberechtigung zugesprochen. Die Tagesordnung der nächsten Bürgerausschusssitzung lautet dementsprechend: Festsetzung des für die Ruhegehaltsberechtigung und Hinterbliebenenversorgung städtischer Beamter maßgebenden Dienstverdienstes und Anstellung städtischer Beamter mit dem Recht auf Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung.

Seitverbegehr.

In der gestrigen Sitzung fungierte als Vorsitzender Stadtratsrat Dr. Hertrich; als Beisitzer Metzgermeister Schlaßner und Schneider Reist. Auf der Tagesordnung standen 14 Fälle, die teils durch Vergleich erledigt, teils vertagt wurden. Die Klagen des Maurers Josef Sebold gegen die Brauerei Fr. Höpfer und des Tagelöhners Gremmelmaier gegen Feilenhauermeister W. Henjinger wurden abgewiesen, dagegen der Wirt B. Weichold beurteilt, an das Mädchen Anna Bieffe 12,50 M. Lohn zu zahlen. Nächste Sitzung am Mittwoch, 1. April.

Das Badische Sängerbundesfest.

Die notwendigen Vorbereitungen zu dem am Pfingsten d. J. hier stattfindenden 8. badischen Sängerbundesfest sind bereits in Angriff genommen und die erforderlichen Sonderauschüsse gebildet worden. Es bestehen neben dem Festauschuss folgende Sonderauschüsse: 1. Dekorationsauschuss, 2. Verkehrsauschuss, 3. Empfangsauschuss, 4. Festzugsauschuss, 5. Ordnungsauschuss, 6. Vergnügungsauschuss, 7. Wirtschaftsauschuss, 8. Wohnungsauschuss; a) für Massenquartiere, b) für Bürgerquartiere, 9. Preisauschuss und 10. das Festsekretariat. Der Festauschuss u. h. setzt sich, wie folgt, zusammen: Ehrenpräsident: Oberbürgermeister Siegrist; Festdirigent: Professor Scheidt (musikalischer Leiter des Viederklang); Vorstand: Oberschulrat Nebmann, 1. Vorsitzender (Viederklang); Rechtsanwalt Harzer, 2. Vorsitzender (Viederklang); Kaufmann Beck, Redner (Viederklang); Amtsleiter Benz, 1. Schriftführer (Viederklang); Kaufmann Döring, 2. Schriftführer (Viederklang); Weigeordnete: Dreher Böder (Maschinenbauer Karlsruhe), Hofuhrmacher Bevin (Viederklang Karlsruhe), Maurermeister Dolb (Frohmann Karlsruhe-Mühlburg), Malermeister Dold (Concordia Karlsruhe), Rechtsanwalt Heinsheimer (Arbeiterbildungsverein Karlsruhe), Metzger Leopold (Edelweiß Karlsruhe), Seminarlehrer Reinhardt (Viederklang Karlsruhe), technischer Assistent Rieple (Walden Karlsruhe), Radler Roth (Freundschaft Karlsruhe-Weierheim), Radlermeister Schäfer (Freundschaft Karlsruhe), Assistent Scheuble (Viedertafel Frohmann Karlsruhe), Modeller Krump (Mähmaschinenbauer bei Junter u. Rüd, Karlsruhe), Maschinenmeister Wader (Männergesangsverein Karlsruhe), Werkführer Weiß (Germania Karlsruhe), Malermeister Wöner (Rafino-Viederklang Karlsruhe-Mühlburg) und Handelsgärtner Ziegler (Walden Karlsruhe).

Schneider.

Die am Montag, den 23. d. M., im Möhrleinschen Saale stattgefundene öffentliche Schneider-Versammlung war ziemlich gut besucht. Der Gauleiter S. Joseph aus Frankfurt behandelte das Thema: Unsere Lohnbewegungen in diesem Frühjahr und die Tarifvertragspolitik des Arbeitgeberverbandes. Beginnend mit der ungefähr seit zwei Jahren einsetzenden allgemeinen Geschäftskrise, welche auch auf unser Gewerbe nicht ohne Einfluß blieb, zeigte er an der Hand von reichem Material, wie es die Arbeitgeber auch in der Maßschneidererei verstanden haben, die Schäden unserer Tarifvertragspolitik vornehmlich auf die Arbeiterbeschäftigung abzuwälzen. Die Mittel, welche dazu herhalten soll-

ten, um die Organisation der Arbeiter auf Jahre hinaus lahmzulegen, waren zwei brutale Aussperrungen, welche sich über ganz Deutschland ausbreiteten. Die auch in unserem Berufe stark anwachsende Arbeitslosigkeit glaubten die Arbeitgeber für sich ausmühen zu können, um den Arbeitern wieder zu entreißen, was in der Zeit der guten Konjunktur durch schwere Kämpfe erstritten wurde. An der Geschlossenheit und dem aufopfernden Kampfesmut der organisierten Maßschneider scheiterten aber die Pläne des Arbeitgeberverbandes. Heute sind die Arbeitgeber tariffreundlicher, um zu ihrem Ziele zu gelangen und wir sehen schon im Geiste der Zeit entgegen, wo die von den Arbeitern erkämpfte Vertragspolitik durch die Gewaltmaßnahmen der Arbeitgeber zu großem Schaden gereichen kann, wenn nicht immer die nötige Vorsicht beim Abschluß der Verträge obwaltet. Gegenwärtig erstreben die Arbeitgeber die Uebernahme der über 200 abgeschlossenen Tarifverträge durch die Zentral-Vorstände an, über welche Angelegenheit unser nächster Verbandstag entscheiden wird. Wir haben unsere Arbeitgeber kennen gelernt und es wird ihnen nicht leicht gelingen, uns durch diese Schlinge den Hals zuzubinden. Daß wir uns nicht abschrecken lassen, unsere Verhältnisse zu verbessern, zeigen auch die in jedem Jahre neu entstehenden Lohnbewegungen, die auch in diesem Jahre wieder trotz Geschäftskrise die Zahl 70 erreicht hat und welche sich mit wenigen Ausnahmen diesjährig auf kleinere Orte erstrecken und zum größten Teil ohne Arbeitseinstellung erledigt wurden. Mit der Betonung, daß wir uns durch die Vertragspolitik unsere Bewegungsfreiheit nicht einengen lassen, schloß Redner seine mit Geschick vorgetragene und mit reichem Beifall aufgenommenen Ausführungen.

Zum 2. Punkt: Abschaffung des Kost- und Logiswesens referierte Kollege Wolf, der die Gerechtigkeit dieser Forderung durch die Statistik der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands über das Kost- und Logiswesen in der Gesamtheit, sowie über die hiesigen Verhältnisse in besonderen zu beweisen suchte.

Die Diskussion bewegte sich durchweg sachlich und war von idealer Begeisterung für die Abschaffung dieser heute nicht mehr zeitgemäßen Einrichtung getragen.

Durch den Bericht des Vorsitzenden scheint die Sache auch ziemlich vorwärts zu gehen, da schon eine ganze Anzahl Arbeitgeber ihre Zustimmung gegeben haben. Wir werden gelegentlich darüber weiter berichten.

Die Teilbarkeit der Lebewesen.

Ueber dieses Thema hielt gestern Abend im Kaufmännischen Verein Herr Geh. Rat Dr. Hubbaum, Professor der Universität Bonn, im großen Saale der Eintracht einen volkstümlichen Vortrag. Der Redner behandelte in leicht verständlicher Weise die niederen Lebewesen, von der Ein-Zelle und den Infusorien ausgehend. Dieser Vortrag bildete den Abschluß der Vortragsreihe des vergangenen Winters und darf der Kaufmännische Verein mit Genugtuung auf seine Vorträge, mit denen er sich ein großes Verdienst um die Bildung seiner Mitglieder erworben hat, zurückblicken.

Verginfachung des Kochens.

Der am 25. ds. Mts. von Frau Amalie Vieber aus Mannheim im großen Novadisaale gehaltene Demonstrationsvortrag über: „Neuzeit aus dem Gebiete der Kochkunst“ war von einem zahlreichen, namentlich aus Frauen aller Kreise bestehenden Publikum besucht und gestaltete sich äußerst interessant. Frau Vieber hat einen Kochapparat erfunden, der eine geradezu ideale Vereinfachung der sogenannten Kochkunst genannt werden muß. Geradezu verblüffend wirkte es auf die Zuhörer, als ihnen der Apparat vorgeführt wurde. Aus jeder Pappdeckelkassette, jedem alten Koch- und ähnlichen im Haushalt oft als wertlos beiseite gestellten Sachen läßt sich der einfache Apparat herstellen. Gerade darin liegt seine Bedeutung für die ärmeren Klassen, daß er unter Aufwendung denkbar geringster Mittel von jedermann selbst hergestellt werden kann. Der Apparat besteht aus zwei ineinander gestellten Zylindern aus Pappdeckel und präsentiert sich in seiner äußeren Form wie eine Puffschachtel. Zwischen dem eingesehten inneren Zylinder und der äußeren Schachtel wird der 4-5 Zentimeter betragende Hohlraum mit Holzwole fest ausgefüllt, nachdem vorher auf dem Boden der Schachtel eine gleichhohe Schicht Holzwole festgestopft wurde. Die Kochtöpfe werden mit den vorgekochten Speisen in den inneren hohlen Zylinder gesetzt, obenau kommt ein Rosten aus Holzwole, worauf der ganze Apparat geschlossen wird. Daß diese mit einfachen Mitteln zu schaffende Vorrichtung ihren Zweck in einwandfreier Weise erfüllt, zeigte Frau Vieber an einem Probekochen. Es wurden Rindbraten und Reis in Töpfen angelegt, in den Apparat gesetzt und demselben nach 1 1/2 Stunden entnommen. Die Speisen zeigten sich hernach völlig gar und schmeckten ausgezeichnet. Weiter führte Frau Vieber vor, daß auch Speise-Eis in dem Apparat gemacht werden kann. Der Apparat kann in jeder Größe angefertigt werden. An einem sehr kleinen Apparat wurde erklärt, daß durch entsprechenden Ueberzug aus Stoff (in Form eines Beutels) die Vorrichtung transportabel gemacht werden kann, wodurch es Straßenbahnschaffnern und Arbeitern, denen eine warme Mahlzeit oft bei ihrer harten Arbeit im Freien sehr nötig ist, möglich gemacht wird, das morgens vorgelegte Essen mit zur Arbeitsstätte zu nehmen. Vom sozialen Standpunkt aus wäre es dringend zu begrüßen, wenn sich die Arbeiterkreise diese Kochvorrichtung zunutze machen würden. Die Rednerin wies nach, wie bei richtiger Handhabung des Kochens bedeutende Ersparnis an Heizmaterial und Zeit erzielt wird, ganz abgesehen davon, daß die auf diese Weise gekochten Speisen, da sie in ihrem eigenen Dampf aufgeschlossen werden, nicht nur weit schmackhafter, sondern durch den vollen Gehalt aller in ihnen enthaltenen Nährstoffe viel nahrhafter sind. In der Diskussion tauschten die anwesenden Frauen ihre Erfahrungen mit dem Koch-System aus. Es zeigte sich, wie beliebt diese Einrichtungen bereits in vielen Kreisen sind. Allseitig wurde beigestimmt, daß bei einigem Nachdenken und durch Uebung die Kochweise viel einfacher und rationeller durch Anwendung des Koch-Systems gestaltet werden kann. Für Interessenten sei darauf hingewiesen, daß das Reformhaus zur Gesundheit von R. Neubert, Kaiserstraße 40, die Beschaffung dieser neuen Apparate gern gestattet und auch die Vermittlung etwaiger Bestellungen (im Handel kostet die Vorrichtung 2-3 M.) übernimmt.

Der Vortrag ging vom Naturheilverein Karlsruhe aus, der damit wieder einen Beweis dafür geliefert hat, wie sehr er bemüht ist, durch praktische Vorführung von Reformen Belehrung über die Lebensweise zu verschaffen. Es wäre freundschaftlich zu begrüßen, wenn auch Gewerkschaften und Arbeitervereine ihre

Aufmerksamkeit dieser Kochreform zuwenden würden. Die Rednerin wird sicher gern bereit sein, auch in diesen Vereinen die Apparate vorzuführen. Bei den heutigen Verhältnissen sollten alle Neuerungen eingeführt werden, welche Zeit- und Geldersparnis mit sich bringen und dieses gilt von dem Kochsystem ganz besonders. Vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus muß man es deshalb als notwendig bezeichnen, daß diese Kochweise in die weitesten Kreise unseres Volkes eindringen möge.

B. Sch.

\* Fußballwettpiel Karlsruhe-Frankfurt. Der F. C. „Frankfurter Kickers“, der auch in diesem Jahre die Gaumeisterschaft des Frankfurter Bezirkes errang, spielt am nächsten Sonntag mit seiner ersten Mannschaft gegen den „Karlsruher Fußball-Verein“ auf dessen Sportplatz. Die zahlreichen Anhänger des Fußball-Sportes werden am nächsten Sonntag voll und ganz auf ihre Kosten kommen. Beginn 8 Uhr. Die 2., 3. und 4. Mannschaft spielen gegen F. C. „Germania“ 1., 2. und 3., ebenfalls auf dem Sportplatz bezw. Exerzierplatz.

\* Fußballsport. Zwei erstklassige Wettspiele werden kommenden Sonntag auf dem Rhönig-Sportplatz abgehalten werden. Während um 1/3 Uhr der F. C. Alemannia Karlsruhe gegen 1. Pforsheimer F. C. I antritt, wird um 4 Uhr F. C. Rhönig mit dem Mannheimer F. C. Viktoria 1897 I seine Kräfte messen. Diese beiden erstklassigen Wettspiele versprechen recht spannend zu werden.

\* Restkredite. Der Stadtrat beantragt beim Bürgerausschuss, dieser wolle seine Zustimmung geben, daß die nach dem Stand vom 1. Januar 1908 berechneten Restkredite aus Anlehensmitteln und dem Erneuerungsfonds im Gesamtbetrag von 3 273 400,47 M. offen gehalten werden.

\* Ueber die Erlassung von Ortsstatuten betr. des Gesetzes von Straßenerhellungskosten für die Belkientrafen hat sich der Bürgerausschuss schlußig zu machen. In der Begründung ist gesagt: Der Bürgerausschuss hat unterm 19. Februar 1908 die Herstellung der Belkientrafen zwischen Sofien- und Poststraße unter Verwendung von Anlehensmitteln beschlossen. Wie bei fast allen neuen Straßenanlagen waren auch in diesem Falle vor der Vorlage des Projektes an den Bürgerausschuss die Anlieger vertraglich verpflichtet worden, die der Stadtgemeinde aus der Straßenerhellung erwachsenden Kosten sofort nach Ausführung des Straßenaufbaues zu ersetzen. Inzwischen hat sich gezeigt, daß die Stadtgemeinde trotz geleisteter Sicherheit bei dem einen oder andern Grundstückseigentümer möglicherweise mit einem Ausfall ihrer Forderung zu rechnen hat. Um dies zu vermeiden, erübrigt nur noch die rechtzeitige Erlassung von Ortsstatuten, die der Stadtgemeinde nach Artikel 24a des Ortsstatutengesetzes einen Anspruch auf vorzugsweise Befriedigung aus dem Erlöse der in Betracht kommenden Grundstücke gewähren. Dabei wird allerdings eventuell ein Verlust der Zinsen für den zwischen der Herstellung der Ortsstraße und der Errichtung von Neubauten gelegenen Zeitraum eintreten. Dieser Nachteil kann aber gegenüber der Einbuße an einzelnen Straßenerhellungsbeiträgen nicht in das Gewicht fallen; er muß als das kleinere Uebel in Kauf genommen werden.

\* Verkauf eines Geländestreifens an die Brauereigesellschaft Moninger. Mit diesem Punkt hat sich in der nächsten Woche die Stadtverordnetenversammlung zu beschäftigen. Der Stadtrat hat dem Bürgerausschuss die folgende Begründung zugehen lassen: Die Brauereigesellschaft vormals S. Moninger hier beabsichtigt auf ihrem Anwesen westlich der Grenzstraße zur Erweiterung der Wasserwerkung ihrer Brauerei einen Brunnen zu errichten und das Wasser durch einen Tunnel unter der Grenzstraße an der Ecke der Kriegstraße in ihr Brauereianwesen zu leiten. Zur Anlage des Brunnens braucht sie den städtischen Geländestreifen parallel der Kriegstraße. Sie wünscht daher diesen Streifen käuflich zu erwerben. Da der nur 109 Quadratmeter umfassende Geländestreifen für städtische Zwecke nicht verwertbar ist, trug der Stadtrat kein Bedenken, dem Gesuch zu entsprechen, nachdem die Brauerei den verlangten Preis von 40 M. pro Quadratmeter zu zahlen sich bereit erklärt hatte. Die von der Firma ferner gewünschte Erlaubnis zur Einlegung eines Wasserrohrstranges in die Grenzstraße soll nur widerruflich und unter Bedingungen erteilt werden, durch welche die städtischen Interessen ausreichend gewahrt sein dürften.

\* Konzessionsgesuche. Unbeantragt werden dem Bezirksamt vorgelegt 5 Gesuche um Aufnahme in den Badischen Staatsverband sowie die Gesuche des Oberkellners Eugen Steeger hier um Erlaubnis zum Betrieb der Personalgastwirtschaft im Hause Kreuzstraße 19, bisher „Hotel Müller“ genannt, des Wirts Otto Bedert in Mastatt um Erlaubnis zum Betrieb der Schankwirtschaft mit Branntweinschank zum „Hohenviel“, Hirschstraße 87, der Paul Kapferer, Wirts-Geselle hier um Erlaubnis zur Verlegung ihrer Wirtschaftskonzession vom Hause Bohnhoffstraße 84 zur „Neuen Pfalz“ nach jenem Zirkel 33 zum „Hof von Holland“ und zum Betrieb der Realgastwirtschaft daselbst, des Wirts Anton Knopf hier um Erlaubnis zur Verlegung seiner Wirtschaftskonzession vom Hause Karl-Friedrichstraße 30 zur „Eintracht“ nach jenem Novadisaal Nr. 19 „Café Novad“ und zum Betrieb der Personalgastwirtschaft daselbst, des Gastwirts Friedrich Krull in Eppingen um Erlaubnis zum Betrieb der Schankwirtschaft mit Branntweinschank zum „Roten Kahn“, Kaiserstraße 25 und des Metzgermeisters Ludwig Beck hier um Erlaubnis zum Betrieb der Schankwirtschaft mit Branntweinschank zum „Drachen“, Karl-Wilhelmstraße 10.

Die Voranschlagsberatung in Karlsruhe.

II. Unter der Rubrik „Auf die Gemeindeverwaltung“ (§ 36) finden wir die Gehalte der Bürgermeister und der städtischen Beamten. Hiernach bezieht der Oberbürgermeister ein Gehalt von 13 000 M., der erste Bürgermeister 8000 M. und der zweite 6000 M. und man kann annehmen, daß mit diesen Gehältern einigermaßen auszukommen ist. Weiter ist unter dieser Rubrik der gesamte Verwaltungsaufwand, die Ruhegehälter der städt. Beamten und Arbeiter, insgesamt die Summe von 808 588 M., vorgegeben. Die Gehaltsbezüge der Beamten weisen gegen das Vorjahr ein Mehr von ca. 30 000 M. auf. Der Aufwand auf die soziale Beschickung erfordert ebenfalls eine ansehnliche Summe und man kann sagen, daß die Stadt hierin nicht engherzig ist, obwohl noch manches sehr verbesserungsbedürftig ist. Die Zinsen und Kosten für Kapital- und andere Schulden erfordern die Summe von 1 432 887 M. Abgang und Rückersatz sind mit 172 500 M. vorgegeben. Unter „Sonstigen Ausgaben“ (§ 39)

erfordert der Aufwand für die öffentlichen Uhren 10 197 M., die Entschädigung an die Bürger der ehemaligen Gemeinde Weiertheim 54 060 M., Entschädigung an die Bürger von Ruppurr 9840 M.

Es betragen nach dem Vorschlag der Stadthauptkasse die Wirtschaftseinnahmen 5 380 399 M., die Wirtschaftsausgaben 5 667 841 M., es verbleibt somit ein ungedeckter Aufwand von 287 442 M., welche durch Umlagen zu decken sind.

Das umlagepflichtige Liegenschaftsvermögen in dieser Stadt beträgt 396 244 670 M. und ergibt bei einem Umlagefuß von 32 Pf. pro 100 M. Steuerwert 1 267 988 M. Das Betriebsvermögen beträgt 165 347 100 M. und ergibt an Umlagen (bei 32 Pf.) 529 111 M. Das Kapitalvermögen beträgt 427 138 600 M. und ergibt bei einem Umlagefuß von 10 Pf. 42 713 860 M. Die Einkommensteueranschläge mit 55 375 800 M., welche mit dem sechsfachen Betrag des Umlagefußes des Vermögenssteuerkapitals (6 x 32 = 1,92 M.) berechnet werden, ergeben 1 063 215 M. Diese Steuerwerte ergeben zusammen obigen ungedeckten Aufwand mit 3 287 422 M. Die gesamten umlagepflichtigen Steuerwerte und Steueranschläge betragen 1 107 418 870 M.

Daß die Einkommensteueranschläge mit dem sechsfachen Betrag zur Anrechnung kommen (bisher dreifach), trifft gewiß auch die Arbeiter und kleinen Beamten empfindlich, indes ist Karlsruhe hierin noch von Baden-Baden, wo sie achtfach berechnet werden, übertroffen. Auffällig ist der niedrige Umlagefuß für Kapitalvermögen (10 Pf.), es liegt dies aber an dem Gesetz, welches auch hierbei das Kapital möglichst schon. Nach unserer Ansicht müßte der Umlagefuß für Kapitalvermögen mindestens verdoppelt werden, dann könnte derjenige für die Einkommensteuervorschläge, wenigstens der kleineren Einkommen, etwas ermäßigt werden.

Dem Vorschlag ist noch ein Verzeichnis der Gehaltsbezüge der städtischen Beamten angehängt, in welchem die Gehalte der einzelnen Klassen in übersichtlicher Weise dargestellt sind. Ueberhaupt können wir sagen, daß der Vorschlag sorgfältig, überall mit den nötigen Erläuterungen versehen, ausgearbeitet ist, so daß er auch dem Laien einen Einblick in die komplizierte Technik einer modernen Großstadtverwaltung gestattet.

Bei der Besprechung des städtischen Vorschlags, welcher 230 Folioseiten umfaßt, konnten wir die Einzelheiten wenig berücksichtigen und mußten uns auf das Allgemeine beschränken, da uns zu eingehender Besprechung Zeit und Raum fehlten. Die beigegebenen Bauvoranschläge z. B. mußten wir aus obigen Gründen ganz außer Betracht lassen.

Neues vom Tage.

Berlin, 26. März. Heute Nachmittag fanden auf dem Militärbahnhof am Tempelhofer Feld Arbeiter auf dem Geleise einen Karton und darin die verstümmelte Leiche einer etwa 30 Jahre alten bekleideten Frauensperson, der die Beine und der Kopf vom Rumpfe getrennt sind. Die Leiche kann schon acht Tage oder noch länger in dem Schmutzwasser gelegen haben. Später wurden dann auch an anderer Stelle zwei Pakete mit Kopf und Beinen gefunden. Offensichtlich handelt es sich um eine Prostituierte, die wahrscheinlich ertränkt worden ist.

Im großen Maschinenbau der Siemens-Schuckert-Aktiengesellschaft in Charlottenburg explodierte heute Vormittag aus

noch unbekanntem Gründen ein Dynamo, dessen Teile eine Seitenwand durchschlugen und in den Wachsraum der Arbeiter drangen, von denen 7, sowie eine Frau erheblich verletzt wurden.

Leutichau, 26. März. Während einer Gerichtsverhandlung entstand unter dem Podium, auf welchem die Richter saßen, Feuer. Mit unheimlicher Schnelligkeit stand das Podium in Flammen, so daß die darauf befindlichen Personen sich nur mit größter Mühe in Sicherheit bringen konnten.

Zarnowik, 26. März. Der Gymnasial-Professor Deder erhielt gestern mit der Post eine Höllemaschine, welche aber dank der schlechten Beschaffenheit der Zündschnur nicht explodierte. Da man glaubt, daß es sich um einen Nachsatz von Schülern handelt, wurden einige Gymnasiasten verhaftet.

Bufarest, 26. März. Der hier ansässige Arzt Adolf v. Peltenz wurde wegen Verbrechen gegen das keimende Leben verhaftet. Die Untersuchung führte zu dem ebenso überraschenden wie entsetzlichen Resultat, daß der Verhaftete seine verbrecherische Tätigkeit schon seit vielen Jahren ausübte und den Tod von 30 Frauen und Mädchen, die sich ihm anvertraut hatten, verschuldet hat.

London, 26. März. Aus Charitta in Ohio wird gemeldet, daß der Dampfer „Kolumbus“ untergegangen ist. 18 Personen ertranken.

Letzte Post.

Das Vereinsgesetz als Sprengpulver für die Demokraten.

Offenburg, 26. März. Bezüglich der Stellungnahme zum § 7 des Vereinsgesetzes erklärte die Generalversammlung des hiesigen demokratischen Vereins den Beschluß des Mannheimer demokratischen Vereins zu akzeptieren und die alsbaldige Einberufung eines Parteitages zu verlangen.

Zum Kampf im Baugewerbe.

Berlin, 26. März. Die Verhandlungen zur Beilegung des Kampfes im deutschen Baugewerbe finden am Berliner Gewerbegericht unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Auf Wunsch der Parteien leiten die Vorsitzenden des Berliner und Münchener Gewerbegerichts und der Beigeordnete Dr. Wietfeld-Essen die Verhandlungen. Der deutsche Arbeitgeberbund ist durch 11 Mitglieder vertreten; der Verband des Zentralverbandes der Zimmerer, der Maurer, der Bauhilfsarbeiter, der Verband christlicher Bauarbeiter und Bauhilfsarbeiter haben je 4 Mitglieder entsandt.

Ein reaktionärer Plan.

Berlin, 26. März. Wie die „Kreuzzeitung“ hört, wird in Reichstagskreisen erwogen, nach dem Vorbilde Frankreichs und anderer Länder einen offiziellen Verhandlungsbericht herauszugeben und ihn der Presse zugänglich zu machen. Solche Vorschläge sind schon früher gemacht worden und die „Kreuzzeitung“ glaubt, daß der Reichskanzler ihnen wohlwollend gegenübersteht.

Das letztere glauben wir gern, aber die Zeitungen lassen sich nicht darauf ein.

Das Gespenst der Arbeitslosigkeit.

Breslau, 25. März. In einer im hiesigen Gewerkschaftshaus abgehaltenen Versammlung forderten 1 000 Arbeitslose

vom Magistrat die Verfügung von Notstandsarbeiten. Die Arbeitslosigkeit ist erschreckend groß.

Die Kongofrage.

Brüssel, 26. März. Im Parlament wird erwartet, daß sich für die Kongovorlage die Zweidrittelmehrheit finden werde. Bereits heute eröffnen einige liberale Blätter eine heftige Kampagne, angeführt von dem republikanischen Abgeordneten, welche für die Kongovorlage anbringen lassen, in denen darauf hingewiesen wird, daß die neue Kolonie dem belgischen Staat eine Summe von 241 Millionen kosten werde.

Um Marokko.

London, 26. März. Der „Standard“ kommentiert die Rede Bülow's und schreibt, es sei unmöglich, die Erklärung des Reichskanzlers über die französische Aktion in Marokko als befriedigend zu bezeichnen. Nichts rechtfertige die Warnung, welche Bülow an die republikanische Regierung richtete. Wenn Clemenceau sich nicht unwillkürlich gebunden hätte, die Akte von Algieras streng zu beachten, so würde es schwer fallen, die Untätigkeit Frankreichs nicht zu rügen, indem es die Akte von Algieras kündigt würde.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Gesangverein Bruderbund.) Heute Abend Generalprobe in den „Drei Linden“ in Mühlburg. 1850 Durlach. (Soz. Verein.) Kommenden Samstag, den 28. März, abends punkt 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung im „Schwanen“. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Huber über Erziehung und Bildung der Jugend. Zahlreiches Erscheinen erwartet. 1848 Der Vorstand. Welschnesent. (Soz. Verein.) Sonntag, 29. März, 4 Uhr, Versammlung im „Feldschloß“. 1848 Lahr. (Gewerkschaftsartell.) Montag, den 30. März, abends 8 Uhr, im Stadttheater Lichtbilder-Vortrag von Lauber-Reipzig. Thema: Im Reiche der Mittagsonne. Eintritt 30 Pf. Karten im Vorverkauf bei den Vorsitzenden, sowie abends an der Kasse. 1842 Freiburg. (Freiwillige Feuerwehr.) Sonntag, 29. März, abends 7 Uhr, im „Hirschen“ (Nebenzimmer): Versammlung. Beisatzung der Familien-Ausflug. Die Mitglieder, deren Angehörige, sowie Neuanmeldete sind höflich eingeladen. 1827,2 Der Vorstand.

Wasserstand des Rheins.

Freitag, den 27. März, morgens 6 Uhr: Schutterinsel 1.48, gef. 5 cm, Reßl 2.01, gef. 5 cm, Magau 3.00, Stillstand, Mannheim 2.92, gef. 2 cm.

Eine Anweisung.

wie dem „Volksfreund“ zum 1. April ohne Mühe neue Abonnenten zugeführt werden können, liegt der heutigen Nummer unseres Blattes für Groß-Karlsruhe bei. Wenn jeder unserer Parteifreunde und Leser die verlangte kleine Arbeit verrichtet, kann mit einem Male die Zahl unserer Abonnenten noch um ein bedeutendes vermehrt werden. Verlag des Volksfreund.

Enorm billig!!

Kaufen Sie

nur noch ganz kurze Zeit.

Grosser Ausverkauf

wegen Umzug Ende März

mit 15-25% Rabatt.

1077

Normalhemden, gute Ware, mit 125 Achsel- u. Brustschlüssen von an Fantasiwesten in Wolle, Seide 925 und Samt, weiss und farbig, von an 3 Stehkragen, Ia 4fach, nur 45 3 Manschetten, runde eckig, Ia gar. 55 3 4fach, in allen Weiten, Paar nur 45 3 Hoenträger grösste Auswahl 75 3 Manneslänge unerreicht bill. von Herren-Hüte schwarz od. farbig 155 steif u. weich, unkonstante Nr. von an

Regenschirme f. Damen u. Herren, 975 Nadelschirm mit Futteral von an Oberhemden mit Stärkebrust, 995 farbecht, von an Socken, Wolle und Baumwolle, 15 3 dicke und dünne, Paar von an Portemonnaies, Rindleder etc. 58 3 zum Ausschwenken von an ca. 2000 Kravatten, in allen denkb. Facons u. Farben 8 St. v. 55 an Kleiderbügel, „Patent“, mit Hosenspanner, St., nur 58 3

Partie-Waren-Haus

24 Kaiserstrasse 24

NB. Beachten Sie meine Preise in den Schaufenstern.



Ehe man Möbel

kauft, bestimme man unser auf's reichhaltigste ausgestattete Lager in Wohnungseinrichtungen, sowie einzelner Möbel in nur solid. Ausführung u. sehr billigen Preisen. 1309

Gebr. Klein, Durlacherstr. 97/99.

Patent-Anwalt.

C. Kleyer Karlsruhe

Schützenstrasse 93, 4. Stock ist ein Zimmer mit 1 oder 2 Betten sofort zu vermieten bei 1241 J. Rauch.

Noch nie dagewesene billige Preise!

1 Posten

Damen-Stiefel, echt Borscalf, Kalbleder und Chevreau Schnür- u. Knopfstiefel (Größe 36-38) Speziell für Konfirmanden, jedes Paar

4 75 M

Solange Vorrat!

1 Posten

Kinder- und Mädchen-Stiefel, in Wachsleder, Borscalf und imit. Chevreau

Table with 4 columns: Größe, 22-24, 25-26, 27-30, 31-35; M, 2.25, 2.75, 3.-, 3.40

Auf sämtliche anderen Schuhe und Stiefel grosse Preisermässigung.

Schuhwaren-Haus 22 Kaiserstr. 22.

Josef David.

Vortragskurse in Freiburg.

Am nächsten Montag, den 30. März und am Mittwoch, den 1. April, hält Genosse Engler die vom Bildungsausschuss veranstalteten Vorträge über:

„Geschichte und Entwicklung der Gewerkschaften“.

Zutritt zu den Vorträgen haben alle politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, welche wir hiernit mit der Bitte um zahlreiches Erscheinen freundlichst einladen.

Beide Vorträge beginnen punkt 8 1/2 Uhr im unteren Storchensaal. 1844 Der Bildungsausschuss.

Nur so lange Vorrat reicht

erhält jeder Käufer auf die noch lagernden Herrenkleiderstoffe 10% Rabatt

Reise- und Versandhaus Arthur Baer 1-Treppe hoch, Kaisersstr. 93

Rastatter u. westfälische Kochherde,

emailiert und lackiert, Gaggenauer Gasherde, Gas-Glühströmpfe, Zylinderhaus- und Küchengeschirre in jeder Ausführung, sowie ganz Einrichtungen von den einfachsten bis zu den feinsten in großer Auswahl u. billigen Preisen liefert unter Garantie

Ernst Marx, Gerde, Ofen, Küchen- u. Haushaltungartikel-Magazin, Luitpoldstr. 45, 1069

An- und Verkauf

fortwährend getragene Herren- und Damenkleider, Schuhe und Stiefel, aber nur gute Sachen. Frau Bertha Streckmann, Brunnenstr. 5, nächst der Durlacherstr.



**Cravatten**  
in den neuesten Farben  
u. Formen findest Du bei  
**Pahr** 1847  
Kronenstrasse 49.



Zur  
**Confirmation**  
und  
**Communication**  
empfehle  
für Mädchen  
und Knaben

**Stiefel**

in Chevreaux,  
Boxcalf und  
Wichsleder  
in größter Auswahl  
zu staunend billigen  
Preisen.  
Schuhwarenhaus  
**M. David**  
zur goldenen 16  
Markgrafenstr. 16.

**Damenfrisiersalon**

(separat) 826  
eleg. eingerichtet aller-  
neueste Haarwasch-  
u. Trockenapparate,  
gewissenhafte  
Haarpflege  
perfekte  
Damenbedienungs-  
Billigste Preise.  
Max Bierreth,  
Luiseustr. 34.

**Fahrrad-**

Reparaturwerkstätte  
**Carl Steinbach**  
Erbprinzenstrasse 36,  
nahe der Hauptpost.  
Reparaturen  
sowie Ein-  
setzen von  
Freilauf-  
naben in allen Systemen  
werden pünktlich ausgeführt.  
Smaltierung u. Vernicklung,  
das Instandsetzen der Räder,  
jezt beste Gelegenheit. Ersatz-  
u. Zubehörteile billigst.  
Vertreter: 1204  
Stoewer-Greif-Fahrräder

**An- u. Verkauf**

getragene, gut erhaltene Herren-  
und Damenkleider, Schuhe  
und Stiefel  
Frau Rosa Gut,  
19 Markgrafenstrasse 19.

**Kragen**  
in allen Formen  
findest Du bei  
**Pahr** 1847  
Kronenstrasse 49.

**Gesangverein Bruderbund**  
Karlsruhe-Mühlburg.

Sonntag, den 29. April, nachmittags 4 Uhr beginnend, findet  
im Saale zu den 3 Linden (Mühlburg) unser

**Volklied-Abend**

statt. Hierzu sind unsere werten Mitglieder, nebst Familienangehörigen,  
sowie Freunde und Gönner des Vereins, freundlichst eingeladen.  
Programme à 10 Pf. berechnen zum Eintritt und sind bei den  
Sängern, sowie an der Kasse erhältlich. 1332

Der Vorstand.

Sonn- und Feiertags geschlossen!

**Hermann Friedrich**

Detail. □ □ □ Versand.



Spezial-Geschäft für bessere  
Herren- und Knaben-Kleidung  
fertig und nach Mass! 1849

Eingang aller Saison-Neuheiten in:  
Herren- und Knaben-Anzügen  
:: :: Gehrock-Anzügen :: ::  
:: :: Paletots, Pelerinen :: ::  
Herren- und Knabenhosen etc.

Mass-Abteilung! Eigene Werkstätte!  
Lager in eleganten Stoffen.  
— Feine Ausführung! —

Aeusserst vorteilhafte, streng reelle Bedienung.  
Mitglied des Rabattsparevereins.

Erbprinzenstr. 28 **Carl Philippson** Erbprinzenstr. 28

en gros Telephon 2164 en détail

**Beste Bezugsquelle für sämt-  
liche Schneider-Artikel**

In den nächsten Tagen trifft ein grosser Posten

**Safin-Aermel- und Westenfutter**

ein, welcher in Coupon und Stück zu dem billigen Preis von 53 Pfennig per  
Meter abgegeben wird. 1346

Selten günstige Gelegenheit!

**Stadt-Waldungen**  
von Durlach.

Es ist in den städtischen Waldungen bis  
auf weiteres strengstens verboten:

1. zu rauchen;
2. die Schläge zu betreten;
3. die Waldwege, welche nicht den durch-  
gehenden Verkehr vermitteln, zu  
begehen.

Zu widerhandlungen werden strengstens be-  
straft. 1315

Durlach, den 25. März 1908.

Das Bürgermeisteramt.

**Gasthaus zur Blume, Durlach.**

Telephon 24.  
Jeden Dienstag und Freitag

**Schlachttag.**

Mittwoch und Samstag Spezialität:  
ff. Blumenwürste,  
ff. Bockwürste,  
ff. Fleischwürste,  
ff. Bratwürste,

sowie alle anderen handgemachten Würstwaren, was em-  
pfehlend angezeigt

Friedrich Mannherz,  
Metzger und Gastwirt.

Jeden Donnerstag und Samstag von 6 Uhr ab

**Schweinsknöchle**

am Sonntag von 9 Uhr ab.

**Mädchen gesucht.**

Auf 1. April tüchtiges fleissiges  
Mädchen gesucht. 1296  
Kriegstrasse 30 im Laden.

**Möbl. Zimmer**

ohne vis-à-vis ist sofort zu ver-  
mieten. Mainstr. 13, Part.

**Divan.**

Wegen Umzug verkaufe  
ich unter Garantie gutgearbeit.  
Stoffdivan von 30 u. 33 M.  
ho. u. Kameltaschendivan v. 43,  
48, 54 M an, in grösster  
Auswahl, verkaufe daher nie-  
mand diese seltene Gelegenheit.  
H. Köhler, Tapez., Schützen-  
strasse 56, Magazin im Hof.  
Som 1. April ab Schützen-  
strasse 53. 1087

Weisse und farbige  
**Ober-  
Hemden**  
**Pahr** 1847  
Kronenstrasse 49.

**Durlach**

Hauptstrasse 76. 1329

Wenn Sie im

**Räumungsverkauf**

von  
**Krämers Konfektionshaus**

Ihren Bedarf an  
**Herren- u. Knabenkleider**  
decken, ersparen Sie viel Geld.

**Serie I Herrenanzüge**

früher	42	36	32	28	26
jetzt	28	26	23	21	19

**Serie II Herrenanzüge hochmod.**

früher	36	31	27	21	19
jetzt	29	26	21	18	14

**Serie III Burschenanzüge**

früher	22	19	17	15	13
jetzt	16	13	12	11	9.50

**Serie IV Jünglingsanzüge**

früher	16	15	12	9	7
jetzt	12	11	9.50	7	5.50

**Serie VI Knabenanzüge**

früher	18	16	14	10	7
jetzt	12	11	9	7	4.50

**Serie VII Knabenanzüge**

früher	7	6	5	4.50	4
jetzt	5	4.50	3.75	3.25	2.75

Mehrere 100 Leilhosen, Kammgarn u. Chevrot  
von 75 Pfg. an.

Herren-Buckskins- u. Kammgarnhosen  
enorm billig.

Leder-, Manchester- u. Zeughosen von 1.50 an  
Tricotagen u. Unterzeuge 33 1/2 % unter  
früherem Preis, — auf blaue Arbeitskleider,  
Schürzen 15 % Rabatt.

**Krämers Konfektionshaus**  
Durlach.

— Jeder Versuch lohnt. —

**Vereinsbank Karlsruhe,**

eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht.

Wir bitten um Einreichung der Einlage- und  
Sparbücher zwecks Abrechnung, wobei auch die Aus-  
zahlung der Dividenden auf die vollen Geschäfts-  
anteile erfolgt.

Der Vorstand.

**Volksfreundleser**

laufen ihre Brautbetten, sowie  
einzelne Matratzen wirklich  
reell und billiger wie in jedem  
andern Geschäft bei

**Steldlinger & Roff,**

Matratzenfabrik,  
Leflingstrasse 31  
(Laden Markgrafenstr. 33).  
Kinderbetten kosten nur  
Mk. 4.90 und Mk. 5.90.

**Fantasie-  
Westen**

neueste Dessins  
**Pahr**  
Kronenstrasse 49.